

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa.
Hausnr. Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsbaudirektion beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postleitziffer: Dresden 1530
Girofazette Riesa Nr. 52.

Nr. 22.

Dienstag, 27. Januar 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorabzahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder für die Nummer des Ausgabetages und bis 9 Uhr vormittags aufzuzahlen; eine Gewöhnung für das Schreiben an bestimmten Tagen und Plägen wird nicht übernommen. Bezugspreis für die 8. vom ersten zum zweiten, zum zehnten und zwölften, zum 15. Silber 25 Gold-Pfennige, die 89. um breite Zeitungspfennige 100 Gold-Pfennige; zentralbund und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, keine Tarife. Ersteller von der Elbe. Im Falle höherer Gewalt - Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Vertriebsgesellschaften - hat der Besitzer einen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Redaktion, Redakteur und Verlag: Danner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Die alliierte Zwischennote.

Berlin, 27. Januar 1925.
SPD. Die neue Note der alliierten Regierungen, die berichtet, am Montag in Berlin überreicht wurde, enthält lediglich kurze Mitteilungen über den Standpunkt der alliierten Mächte zu den von der deutschen Regierung angeschnittenen prinzipiellen Fragen des Artikels 429 des Versailler Vertrages. Darüber hinaus wird auch jetzt noch nicht in Aussicht gestellt, bis zu welchem Termine die Räumung der nördlichen Rheinlandzone erfolgen wird. Es handelt sich also tatsächlich um eine sogenannte "Zwischennote", die lediglich die Handhabe zur Fortsetzung des bisherigen Notenwechsels bieten soll. Aus dem ganzen Charakter der alliierten Mitteilung spricht jedoch eine ganz offenkundige Brüderlichkeit Deutschlands, sodass man gegenwärtig in den Berliner Regierungskreisen kaum geneckt ist, die außenpolitische Situation etwas günstiger zu beurteilen. Wie wir hören, wird die Reichsregierung Veranlassung nehmen, schon in wenigen Tagen auf die neuere alliierte Mitteilung zu antworten. Minister Dr. Stresemann, der bereits in einer Kabinettssitzung zu der neuen Mitteilung der alliierten Regierungen Stellung genommen hat, hält es für notwendig, dass Artikel 429 des Versailler Vertrages nochmals von Deutschland in der ursprünglichen Form interpretiert wird, denn es handelt sich in erster Linie darum, dass der Beginn der Räumungsfristen von der Gegenseite prinzipiell anerkannt wird. Selbst wenn man jetzt mit den alliierten Regierungen direkt zu Verhandlungen kommen sollte, was allerdings nach dem Inhalt der neuesten Mitteilung noch unwahrscheinlich sein dürfte, so würden die Auskünfte eines Verhandlungserfolges in erster Linie davon abhängen, inwieweit es den deutschen Unterhändlern gelingt, nachzuweisen, dass die Räumung der nördlichen Rheinlandzone eine Verletzung des Versailler Vertrages darstellt.

Die Mitteilung der alliierten Regierungen soll angeblich als Antwort auf die deutsche Note gedacht sein. Im eigentlichen Sinne ist dies aber nicht der Fall, denn in der deutschen Note wurde ausdrücklich darum erucht, die angeblichen Entwaffnungsbestimmungen genauer darzulegen und insbesondere jeden eingehenden Fall mit allen Details zur Kenntnis der deutschen Regierung zu bringen. Mit keinem Wort geht die alliierte Note auf die Räumungsfrage der deutschen Regierung ein, sodass an deutscherseits an der Auffassung feststeht, dass es ganz unmöglich sei, in der Entwaffnungsfrage zu irgendeinem Resultat zu kommen, solange die deutsche Regierung über den Charakter der angeblichen Verhältnisse im Unklaren gelassen wird.

Es ist bereits darauf hingewiesen worden, dass die interalliierte Militärkontrolle weitergeführt wird und die deutsche Regierung absolut keine Ausklärung darüber erhalten hat, wie lange die Kontrollorgane noch ihre Tätigkeit fortsetzen. Dieses Moment hat in den Berliner Regierungskreisen ganz besondere Beunruhigung hervorgerufen. Wie glauben zu wissen, dass die Reichsregierung es für notwendig halten wird, auch die Frage der Militärkontrolle zur Sprache zu bringen und auf die legten diesbezüglichen Abmachungen zwischen Deutschland und den alliierten Regierungen hinzuweisen. Kommt es jetzt zu Verhandlungen, so wird die Reichsregierung bei dieser Gelegenheit zum ersten Male ihre Absicht verkünden, der französischen Regierung einen Sicherheitspakt anzubieten. Ein solches Angebot wäre insofern zweckmäßig, als die französische Regierung immer wieder von dem Standpunkt ausgeht, die Sicherheit Frankreichs sei in Gefahr. Eine Wiederholung des deutschen Garantieverschlages würde zweifellos geeignet sein, den französischen Besorgnissen jede Grundlage zu entziehen und die ganze Diskussion auf das rechtschaffene Gebiet zu übertragen, zumal ja das Zustandekommen eines deutsch-französischen Garantiepaktes als wesentlichster Teil eines Romypromisses über die Räumungsfrage zu gelten hätte.

Der Wortlaut der Zwischennote.

Berlin. Die von den alliierten Vertretern gestern mittag dem Reichskanzler übergebene neue Kollektivnote in der Räumungsfrage hat folgenden Wortlaut:

Die alliierten Regierungen haben von der von Dr. Stresemann am 6. Januar an die alliierten Vertreter in Berlin gerichteten Note Kenntnis genommen, mit der die frühere Note der alliierten Regierungen beantwortet wurde, die sich auf die Durchführung der Bestimmungen des Artikels 429 des Friedensvertrages über die Besetzung des als Kölner Zone bezeichneten Teiles der von den alliierten Truppen besetzten rheinischen Gebiete bezog. Die alliierten Regierungen haben im gegenwärtigen Augenblick nicht die Absicht, mit der deutschen Regierung in die Überprüfung dieser Angelegenheit einzutreten oder sich auf die Behauptungen einzulassen, die sie in feiner Weise anerkennen können. Wie sie der deutschen Regierung bereits in ihrer Kollektivnote vom 5. Januar mitgeteilt haben, werden sie ihr später eine neue Mitteilung zukommen lassen, die feststellt, welche Maßnahmen sie von Deutschland noch erwarten, damit seine Verpflichtungen im Sinne des Artikels 429 des Vertrages von Versailles als getreulich erfüllt angesehen werden können. Die alliierten Regierungen haben die Absicht, diese Mitteilung zu einem möglichst nahen Zeitpunkt zu machen. Schon jetzt müssen sie jedoch die deutsche

Mitteilung darauf hinweisen, dass diese die Tragweite der Artikel 428 und 429 des Vertrages von Versailles zu verfehlten scheint. (1) Diese Artikel haben die Dauer der Besetzung der rheinischen Gebiete auf 15 Jahre festgelegt und haben eine Ablösung dieser Frist nur für den Fall vorgesehen, dass Deutschland die Bedingungen des Vertrages von Versailles getreulich erfüllt.

Da gewisse Bedingungen dieses Vertrages nicht getreulich erfüllt worden sind, können die alliierten Regierungen sich nur an die Vertragbestimmungen halten. Es ist Sache Deutschlands, durch Erfüllung seiner Verpflichtungen die alliierten Regierungen in den Stand zu setzen, im Besetzungsregime die im Artikel 429 vorgesehene Milderung einzutreten zu lassen. Die alliierten Regierungen haben ihrerseits die Absicht, die Bestimmungen dieses Artikels aufs genaueste zu erfüllen.

Die Antwort der Reichsregierung.

Die Reichsregierung ist sich in ihrer geistigen Sichtung über die Antwort schriftlich geworden, die den alliierten Vertretern am Dienstag vormittags zugestellt und alsdann veröffentlicht werden soll.

Wiederholung des deutschen Verhandlungsauftrages.
Berlin, 27. Januar. Wie wir hören, wird die Reichsregierung bei der Beantwortung der neuzeitlichen Mitteilung der alliierten Regierungen Veranlassung nehmen, das bereits von der Regierung Marx-Stresemann den alliierten Regierungen gemachte Verhandlungsauftrag zu wiederholen. Das Angebot Dr. Stresemanns bezog sich hauptsächlich auf die genaue Nachprüfung der von der Militärkontrollkommission erhobenen Behauptungen sowie auf die Regelung der geläufigen Räumungsfrage überhaupt.

Wirtschaftsverhandlungen und Räumungsfrage.

Berlin, 27. Januar. Wie wir aus außenpolitischen Kreisen erfahren, hält die französische Regierung noch immer daran fest, vor einem Zustandekommen deutsch-französischer Abmachungen über die Wirtschaftsbeziehungen keinerlei Zugeständnisse in der Räumungsfrage zu machen. Durch diesen französischen Standpunkt werden die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen auch weiter erschwert, da man sich deutscherseits auf den Standpunkt stellt, dass es unmöglich sein würde, französische Zugeständnisse durch Konzessionen in den Wirtschaftsfragen zu erkämpfen. Die französischen Vorschläge könnten nur dann von Deutschland angenommen werden, wenn die für die deutsche Wirtschaft unannehbaren Punkte von Frankreich fallen gelassen werden.

Bieder betreten in der Berliner Kammer.

* Paris. Die geistige Kammerzeitung wurde zum größten Teil mit einer Rede des früheren Kolonialministers Fabry über das Sicherungsproblem ausgestattet, der wieder behauptet, dass unter der Leitung Seeadlers und von Gehrkes die deutsche Armee vollkommen reorganisiert sei. Der frühere Große Generalstab sei ebenfalls neu gegründet. Deutschland verfüge über ein ungeheuerliches Rüstungsmaterial. Nach dem Vertrag von Versailles darf es nicht mehr als 2000 Maschinengewehre besitzen. Tatsächlich habe man in einem einzigen Ort 15 000 Maschinengewehre! (1) entdeckt. Es verfüge ferner über 80 Flugzeugfabriken, deren Produktionsfähigkeit in drei Monaten auf eine Höchstleistung gebracht werden könne. Im Ausland seien zahlreiche Filialen angelegt, die jeder Kontrolle entzogen sind. Deutschland habe das Schwergewicht seiner Kriegsindustrie, das am Rhein lag, an die Wehr und den Radar verlegt.

Ministerpräsident Herrriot erinnerte daran, dass man auf der Konferenz von Boulogne Deutschland gefasst habe, seine Polizei um 50 000 Mann zu erhöhen, und erklärte, diese Unvorhersagbarkeit sei die Quelle der Schwierigkeiten geworden, auf die man später getroffen sei. Als darauf der Abg. Fabry das Vorgetragen der vorangegangenen Regierung in Boulogne zu rechtfertigen sucht, bringt der Ministerpräsident die Frage des jüngst veröffentlichten Geheimdokuments des Generals Sarraut über die deutschen Rüstungen zur Sprache. Er gibt seinem Bedauern Ausdruck, dass vertrauliche Dokumente aus den Archiven des Kriegsministeriums und des Auswärtigen Ministeriums verschwinden und veröffentlicht werden könnten. Für Verartiges könnte er die Verantwortung nicht übernehmen. Keine Regierung werde ein derartiges Regime des Kriegs dulden. Der Abg. Fabry spricht dann über den Geisselskandal, der augenblicklich in Deutschland vorherrsche und der ihn sehr beunruhige. Er erklärt: Die Besetzung des Rheins sei das einzige Mittel, das Frankreich übrig bleibe, um wenigstens eine relative Sicherheit zu gewährleisten.

Keine polnische Mobilisierung?

Berlin, 27. Januar.
In den diplomatischen Kreisen waren Gerüchte über eine angebliche Teilmobilmachung polnischer Truppen an der Westgrenze Polens verbreitet. Wie wir hören, hat die Berliner Polnische Gesandtschaft auf eine Rücksfrage des Auswärtigen Amtes erklärt, sie sei von der Warschauer Regierung ausdrücklich dazu ermächtigt, alle Gerüchte über polnische Mobilisierungen in der nachdrücklichsten Form zu dementieren. In den Berliner Regierungskreisen glaubt man aber keinen Anhalt zu irgendwelcher Beunruhigung zu haben.

Die preußische Regierungsfrage.

Berlin, 27. Januar. In der preußischen Regierungsfrage ist eine Entscheidung vor Donnerstag kaum zu erwarten. Da die Zentrumsträger sich vorläufig noch nicht festgelegt haben, besteht immer noch die Möglichkeit, dass die bürgerlichen Parteien, mit Ausnahme der Demokraten, zu einer Einigung gelangen werden. Die Aussichten hierfür sind allerdings zur Zeit noch sehr gering, da das Zentrum unter keinen Umständen ohne die Demokraten an der preußischen Regierung teilnehmen will. Für die Deutsche Volkspartei steht es schon jetzt fest, dass eine Wiederherstellung der großen Koalition, in welcher Form es auch sein möge, nicht in Frage kommen kann. Die Sozialdemokraten und die Demokraten beabsichtigen, das Zentrum dadurch zu gewinnen, dass sie bei der Wahl des Ministerpräsidenten auf einen Linkskandidaten verzichten und für den Zentrumskandidaten stimmen werden. Dadurch könnte das Zentrum gesperrt werden, an der bisherigen Koalition in Preußen festzuhalten.

Dr. Heine über die Regierungsbildung im Reiche.

* Dresden. Vor den zahlreich versammelten Mitgliedern der geschäftsführenden Ausschüsse des Ortsvereins Dresden und des Wahlkreisverbandes Orlaschien der Deutschen Volkspartei sowie vor den Dresden Gruppenleitern der DVV sprach am Sonnabend abend im Saale des Hotels "Continental" der Wahlkreisvorsteher Eriksen Dr. Heine über die Regierungsbildung im Reiche. In seinem ausführlichen Referat hörte Eriksen Dr. Heine den Nachweis, dass die jüngste Regierungskette nur als Teil einer politischen Dauerkrise gewertet werden dürfe, in der Tenthilich seit Jahresfrist befindet. Die lege Ursache dieser Dauerkrise liege in dem vielfach bewiesenen Unvermögen der sozialdemokratischen Partei, über ein veraltetes Partiprogramm hinauszugehen und an der Lösung der großen staatspolitischen Wiederaufbauaufgaben einer notwendigen Gegenwart auf die Dauer politisch mitzuwirken. In Kenntnis dieser deutlichen Tatfrage habe die DVV, schon am 18. Januar vorigen Jahres den Beschluss gefasst, das Ibhre zu tun, um zur ermöglichen einer stabilen Mehrheitsregierung im Reiche die Deutschnationale Volkspartei zur politischen, verantwortlichen Mitarbeit heranzuziehen. Nach Überwindung zahlloser Widerstände und nach zwei überflüssigen Wahlkämpfen sei es nun schließlich gelungen, ein arbeitsfähiges Mehrheitskabinett aufzustehen zu bringen, wenn auch die Gefahrenpunkte für das junge Kabinett mit dem bestreitbaren Aussange der letzten prothen Reichstagverhandlungen nicht vollauf befreit seien. Die Stärke der neuen Regierung liege nicht allein in der Größe und Dringlichkeit der sozialpolitischen, kulturpolitischen, Steuer- und Finanzpolitischen Aufgaben, die jetzt vor ihr ständen. Dr. Heine gab am Ende seiner fesselnden Darlegungen seinem Wunsche und seiner Überzeugung Ausdruck, dass der Regierung Borth mit ihrem Programm der sozialen Arbeit zum Wohle des Volkganges ein voller Erfolg beschieden sein werde. — Die Versammlung dankte dem Redner mit lang anhaltendem Beifall für seine Ausführungen.

An der sich anschließenden politischen Aussprache beteiligten sich Dr. Görler-Dresden, Dr. Rat Sürenburg-Löschner, Kaufmann Kalkus-Großenhain, Studienrat Hardt-Greifswald, Direktor Gerber-Dresden, Regierungsbaurat Braune-Greifswald, Regierungsbaurat Dr. Hartwig-Dresden. Die regelmäßige Ausprache ließ erkennen, dass die Führer der volksparteilichen Organisationen im Wahlkreis einmütig hinter der Auffassung ihres Spitzenkandidaten standen. Insbesondere gaben die Redner ihrer hohen Beliebtheit darüber Ausdruck, dass die Reichstagsfraktion der DVV unbedingt an dem Wege festbleibe, den sie sich vor Jahresfrist vorgeschrieben habe. Dr. Heine wurde gebeten, diesen Dank der Organisation der Reichstagsfraktion auszusprechen.

Dr. Edener in London.

* London. Dr. Edener von der Deutschen Zeppelin-Gesellschaft sowie Vizepräsident der Goodyear-Zeppelin Company, Lehmann, sind in England eingetroffen, um mit dem Direktor der englischen Luftschiffgesellschaft, Rovett-Capitan Burian, zu verhandeln. Wie verlautet, besieben sich die Gespräche auf die allgemeine Entwicklung des Luftschiffbaus. Besonders handelt es sich dabei um Vorstudien der Einführung eines internationalen Vereinigungssystems für Handelsluftschiffe, um dem Luftschiff die Möglichkeit zu geben, an jedem Unterstand festzumachen. Die Gespräche beziehen sich auch auf die Errichtung eines transatlantischen Dienstes durch die Goodyear-Gesellschaft.

Der russisch-japanische Vertrag.

Der vor kurzem zwischen der Sowjetrepublik und Japan abgeschlossene Vertrag hat eine weit größere Bedeutung als es im allgemeinen die Unerfahrenheit und Gegenwärtigkeitsverträge mit Russland zu haben pflegen. Russland und Japan stellen das gesamte Gebiet der Verträge und Vereinbarungen vor dem Jahre 1917 auf eine neue Grundlage, erkennen sich die Pleistbegünstigung zu, geben sich die sozialen Versicherungen bislanglich der politischen Propaganda und treffen ein Abkommen über die Ausbeutung von Bodenschäden in der Sowjetrepublik. Japan erhält auf dem nördlichen Teil von Sachalin eine Konzession zur Raphthausbau, die Japan an diesem Orte ein für allemal den absoluten Vorrang gewährt und die geeignet ist, die schweren Sorgen Japans hinsichtlich der Flottenversorgung mit Del zu beenden. Der Eintritt Chinas in diese sozialistischen Vereinbarungen dürfte durchaus im Bereich der nächsten politischen Möglichkeiten liegen.

Dortliches und Sächsisches.

Misla, den 27. Januar 1925.

* Das sächsische "Mätschwetter", das am Sonntag nach dem schwachen Schneefall eintrete, hat erstaunlicherweise etwas winterlichem Wetter weichen müssen, nochdem in den letzten Nächten leichter Frost eingetreten ist. Meteorologen erwarten strenge Kälte, die besonders im Februar eintreten wird und voraussichtlich auch von Karlsruhe Schlagschlägen begleitet sein wird, so daß die zweite Hälfte des Winters doch noch den lange ersehnten Schneefall bringen dürfte. Nach einer alten Wetterregel heißt es: Weihnachten im Schnee, Ostern im Klee. Hosten wir, daß die veränderte Wetterlage nicht die Umkehrung des Wetteres im Gefolge haben wird und wir Ostern in Schnee und Eis begeben.

* Der Deutsche Werkmeister-Verband — Bezirksverein Misla-Gröba — bittet uns um Veröffentlichung folgender Botschaft: "Von den besten des Werkmeisterverbandes wissen wird die unwahre Behauptung aufgestellt, daß der Deutsche Werkmeister-Verband Düsseldorf sozialistisch eingestellt sei. Über 200 Werkmeister der Ottobrunnve Misla des 'Werkmeisterverbandes' erheben gegen die unmaßige Behauptung des Werkmeisterverbandes entschieden Protest, daß die Ziele des Verbandes in der Wahrung der wirtschaftlichen Verhältnisse und in der Benutzung der seit über 40 Jahren bestehenden sozialen Einrichtungen des Verbandes für die Meister sind."

* Eine alte Unsitte ist das artlose Fortwerfen von Apfelsinenenschalen in den Straßen. Besonders bei dem jetzigen Wetter können leicht Unfälle entstehen, wenn jemand auf die glitschigen Schalen tritt. Wer das Fortwerfen von Obstschalen beobachtet, sollte sich nicht scheuen, den Täter auf die darin liegende Rücksichtlosigkeit aufmerksam zu machen. Am Übrigen ist aber auch den Haushältern oder den zur Reinigung der Straße Verpflichteten zu empfehlen, darauf zu achten, daß in ihrem Bereich solche Schalen nicht tagelang liegen bleiben, weil u. a. auf unangenehme Schabenbeschädigung etwa verunglückter Personen zu rechnen ist. Gerade jetzt kann man beobachten, daß an vielen Stellen der Stadt, sowohl auf dem Bürgersteig, als auch auf dem Fahrdamm, die Beugen unseres großen Apfelsinenverbrauchs herumliegen.

* Zur Erklärung der Milchpreise. Auf Grund verschiedener irrleitender Presseerörterungen gibt der Milchwirtschaftliche Landesverband Sachsen bekannt, daß die Milchpreise nicht von ihm festgesetzt, sondern schon seit länger Zeit von den Interessenten beiztweise vereinbart werden.

* Beamtensoldnung. Das Ministerium des Innern, das Finanzministerium und das Ministerium für Volkssbildung ordnen an, daß die den Beamten, Lehrern und Behördenangestellten und sonstigen Bediensteten am 31. Januar zahlbare Dienstbesüge, sowie die erforderlichen Mittel vorhanden sind, und ohne Gewähr für die Einhaltung des Zahlungstages, bereits am 30. Januar 1925 ausgezahlt werden können.

* Der Gehaltsstreit im Bankgewerbe. Im deutschen Bankgewerbe läuft gegenwärtig eine Gehaltsvereinbarung, die Gültigkeit hat bis 31. März d. J. Der Deutsche Bankbeamtenverein hatte hierfür die allgemeine Verbindlichkeitserklärung beim Reichsarbeitsminister beantragt. Inzwischen haben einige Handlungsgesellschaften einen Gehaltsabdruck mit höheren Sätzen ergrikt. Um einer etwaigen Verbindlichkeitserklärung des selben nicht hinderlich zu sein, hat der Deutsche Bankbeamtenverein den eingangs erwähnten Antrag vorläufig zurückgezogen.

* Aufruf der Billionen-Mari-Noten. Wie die "A. B." hört, soll der Aufruf des vor dem 11. Oktober v. J. ausgegebenen Papiergebels Ende Januar oder Anfang Februar erfolgen. Die Umlaufzeit ist noch nicht bestimmt, doch müssen nach dem Münzgesetz die alten Billionenscheine noch drei Monate nach Aufruf als gesetzliche Zahlungsmittel gelten.

* Reichsgerichtliche Regelung der Feiertage. In einigen Ländern sind Feiertage ihres staatlichen Schutzes entkleidet worden, z. B. in Sachsen der Jahrabsatz- und Frühjahrstag, in Braunschweig und Thüringen zeitweise Reformationsfest und Bußtag. Damals haben sich erste Kämpfe entwickelt. Zur Behebung dieser und Schaffung einer einheitlichen Regelung für alle Länder hat der deutschnationale Reichstagabgeordnete Dr. Rumml im Auftrage seiner Partei im Reichstag den Antrag eingereicht: "Auf Grund von Artikel 189 des Reichsverfassung werden diejenigen Feiertage, die am 11. August 1919 in den Ländern gesetzlich geschafft waren, von Reichs wegen gestrichen. Aenderungen bleiben der Reichsregierung vorbehalten."

* Außerordentlicher Reichsmietertag in Dresden. Der Bund Deutscher Mietervereine, Sitz Dresden (Reichsbund Deutscher Mieter) beruft für Sonntag, den 8. Februar nach Dresden einen außerordentlichen Mieteritag ein. Die Tagung findet im Plenarsaal des Landtages statt und beginnt vormittags 9 Uhr. Auf der Tagessitzung steht u. a.: Sitzungsänderungen, Neuwahl des Vorstandes und Wahlen der satzungsgemäßen Organe und Ausschüsse, Stellungnahme zu dem für den 22. Februar 1925 nach Bremen eingeschrittenen Mieteritag, Wahl des Ortes des nächsten Ordentlichen Mieteritages, das Volksbegehren, a) Wiederaufbringung, b) seine Organisation, die fünfte Wohnungspolitik des Bundes. Die Teilnahme an dieser nicht öffentlichen Tagung ist nur den Delegierten gestattet.

* Zur Milderung des Steuerdrucks haben die lädtischen Handelskammern bei der Regierung folgende Forderung eingebracht: Größte Bedeckung in der Ausarbeitung der neuen Einkommen- und Konsumsteuererleichterung unter Zugabe der amtlichen Wirtschaftsvertretungen; ordnungsgemäße Nachverantragung für 1924; bedingungslose Rückvergütung der zuvor entrichteten Vorauszahlungen; sofortige weitere Herabsetzung der Vorauszahlungen auf die Einkommenssteuer, sowie Zulassung weiterer Ausnahmen besonders schwer betroffener Industrie- und Handelsweige. Endlich fordern die Handelskammern weitere Ermäßigung der Umsatzsteuer, vollständige Befreiung der Luxussteuer und Prüfung der Frage einer Befreiung der Ausfuhreraten für die gesamte auf ihnen ruhende Umsatzsteuerlast.

* Starke Schneefall im Vogtlande. Mit lebhafter Genugtuung ist besonders im südlichen Vogtlande der seit Sonnabend mittag endlich eingetretene starke Schneefall begrüßt worden. Die lange, unzeitige Kälte, noch verstärkt durch scharfen Wind und harter Frost, hat den Wasserstand der Quellen, Bäche und Flüsse höchst ungünstig beeinflußt und besonders in hochgelegenen Orten bereits fühlbare Trinkwasserarmut verursacht. So muß u. a. in Rothenkirchen zum täglichen Gebrauch auch Wasser verwandt werden, das bei der chemisch-bakteriologischen Untersuchung als nicht einwandfrei befunden wurde. Die Gemeindebehörde fordert die Einwohnerschaft auf, das zur Verwendung im Haushalte bestimmte Wasser stets abzufiltern, da bei Gejündungsabfällen Schadenergebnisse nicht gedeckt werden würden.

* Vorfall der Kontrolle ausreitender Personen. Mit Ablauf des 31. Dezember 1924 ist das Gesetz gegen die Kapitalflucht vom 26. Juli 1918 und das Gesetz gegen die Kapitalflucht außer Kraft gesetzt. Mit Ablauf des Steuerfluchtgesetzes am 1. Januar 1925

kommt die Ausschließung der Unbedenklichkeitsvermerke und die Unbedenklichkeitsberechtigung im Postfall. Die Kontrolle der austreibenden Personen an der Grenze auf die mitgeführten Zahlungsmittel und inländischen Wertpapiere ist ab 1. Januar 1925 in Postfall gekommen. Die Verordnung gegen Risikosteine im Auswanderungswesen vom 14. Dezember 1924 bleibt voll und ganz bestehen, ebenso muß bei jeder Reise ins Ausland der Post das Blatt des betreffenden Konsulats tragen.

* Schulparassen. Die Kreisschule zu Bitterfeld will im Einvernehmen mit der Lehrerschaft die Einführung der Schulparassen zu Ostern in die Wege leiten. Es ist erfreulich, daß der Lehrer sich opferfreudig in den Dienst der guten Sache stellen und mit den Eltern Hand in Hand geben wollen, um die stiftliche Erziehung der Jugend anzustreben und in ihnen wieder den Begeistern für Geld und Geldeswert zu wecken und sie zur wirtschaftlichen Vorsorge zu erziehen. Es gelangt das vereinsfeste Marktfestum vertreten durch die deutsche Zentrale für Jugendparasen in Essen, Osterstraße 20 zur Einführung. Auch an den höheren Schulen geht man jetzt allgemein dazu über, Sporteinrichtungen zu treffen, um den Eltern Gelegenheit zu geben durch wöchentliche geringe Einzahlungen für die spätere Weiterbildung des Kindes eine Summe anzuregen. Bei den heutigen schwierigen Wirtschaftsverhältnissen ist es angebrüchlich, daß derartige Einrichtungen allgemein getroffen werden und die Lehrerschaft im Interesse der Volkswirtschaft diese Wehrarbeit auf sich nimmt. Der Dank und die Anerkennung der Elternschaft wird ihnen sicher sein.

* Wünsche der deutschen Fleißbüros. Im Hotel "Der Jahreszeiten" in Hamburg fand am Sonntag die 5. Hauptversammlung der Vereinigung deutscher Fleißbüros statt, die von Vertretern aus dem ganzen Reich besucht war. Vertreter der Hamburg-Altonaer Börse, von Schiffahrts- und Postlinien, sowie Delegierte aus Österreich, Holland, der Schweiz, Norwegen, Schweden, waren ebenfalls erschienen. Als Forderungen wurden aufgestellt: 1. an die Reichsbahn: die Einführung der elektrischen Beleuchtung in D-Zugwagen, später in allen Personenzügen, Vermehrung der Schlafwagenzüge, Erhöhung der Zuggeschwindigkeit, Wiedereinführung des vierwöchigen Fahrplanverlaufs; 2. an den Reichstag und das Reichsfinanzministerium: Abbau der 10 prozentigen Fremdensteuer des Reiches, Milderung der Umsatzsteuer und der Hauszinssteuer für das Verkehrsgewerbe; 3. an das Auswärtige Amt und das Reichsministerium des Innern: Erleichterung der Dokumentation für Ausländer, die Deutschland beladen oder durchreisen, Ermäßigung der Postgebühren für Länder, die gegenseitig Freizeitblicke bieten; 4. an die europäische Güter- und Reisegepäck-Freizeitungs-A.-G.: Einführung kurzfristiger moderner Polisen.

* Ausschluß Betrunkener auf der Eisenbahn. Betrunkenen machen sich, wie überall, so auch auf den Bahnsteigen wieder mehr und mehr bemerkbar. Es häufen sich auch in letzter Zeit die Unfälle angestrahlener Personen nach dem Betreten der Bahnsteige und beim Antritt der Fahrt, ebenso nach dem Verlassen der Bahnsteige. Die Aufsichtsbeamten und Tüchtlicher sind deshalb zum Teil angewiesen worden, darauf zu achten, ob sich betrunke Reisende auf dem Bahnsteig befinden. Soweit unsichtbar Gang oder sonstige Anzeichen auf übermäßigen Alkoholgenuss schließen lassen, sollen sie in unaufläufiger Weise von der Fahrt ausgeschlossen oder vom Bahnsteig gebracht werden, auch ohne daß sie Mitreisende belästigen oder den Anstand verleben. Sie sollen dabei darauf hingewiesen werden, daß die Maßnahme zu ihrer eigenen Sicherheit geschieht, um sie vor Unfällen zu schützen.

* Kriegsteilnehmer 1914/18 der Deutschen Reichsbahn. Die Freie Vereinigung der Kriegsteilnehmer 1914/18 der Deutschen Reichsbahn hält ihre diesjährige Jahreshauptversammlung, verbunden mit einer Wiederlebensfeier aller Kriegsteilnehmer der Deutschen Reichsbahn am 6. und 7. Juni d. J. in Annaberg (Erzgebirge) ab. Alle Anträge sind an den 1. Vorsitzenden Ram. G. J. in Dresden-L. Gartenthaler, 11. 2., zu richten.

* 1. Dresden Kongress für Innere Mission. Bei seiner letzten Sitzung hat der Zentralausschuß für Innere Mission in Berlin endgültig die Vorträge für den Ende April in Dresden tagenden allgemeinen Deutschen Kongress festgestellt. Die Gegenstände der Hauptversammlungen werden sein: 1. a. Christ und christliche Sittlichkeit; 2. a. Welche Aufgaben erwachsen unserem Christentum angehört der religiösen und stiftlichen Art der Schüler höherer Schulanstalten? 3. a. wird für den Kirchlich-Socialen Bund Prof. Brünholz-Erlangen die Frage behandeln: Gibt es für das Kirchliche Leben eine Eigengeschicklichkeit? Die Spezialversammlungen an den Nachmittagen behandeln Wort und Tat in der Inneren Mission und die Bekämpfung des Selbstmordes. Zahlreiche Versammlungen und gesetzlichkeiten Beratungen füllen die Tage aus, zu denen ein starker Besuch aus dem ganzen Reich zu erwarten ist.

* Tankstellen in Dresden. Um vielfachen Wünschen des Autoverkehrs gerecht zu werden, sind eine Reihe von nachgelieferten Tankstellen vom Rat zu Dresden genehmigt worden. Von den vorgesehenen Tankstellen sind bereits drei zur Ausführung gekommen und zwar Thorandter Straße Ecke Grundstraße, Schillerplatz 1 und Fürstenstraße 33. Eine weitere Tankstelle Kleine Große Gasse Ecke Weiße-Gasse ist im Bau. Fünf weitere Tankstellen sind bereits genehmigt, deren Ausführung demnächst in Angriff genommen wird.

* Vornachweise an die Berufsgenossenschaften. Die Mitglieder von Berufsgenossenschaften haben den Lohnnachweis für das vergangene Jahr ohne weiteren Verzug, spätestens aber bis zum 11. Februar, an die Berufsgenossenschaften einzureichen. Sonst stellen diese den Nachweis selbst auf, verlieren die Mitglieder das Recht der Beitragsabgabe gegen die Höhe des Beitrags selbst im Falle einer erheblichen Überbelastung und leben sich die Sümmigen der Gefahr der Bestrafung aus.

* Ein Appell an den neuen Reichstag. Das "Evangelische Deutschland" richtet in Nr. 8 vom 18. Jan. 1925 einen Appell an den neuen Reichstag, endlich Ernst zu machen mit den Gesetzen zur Bekämpfung der Spund- und Schmalzliteratur, sowie zum Schutz der Jugend bei öffentlichen Schaustellungen und Darbietungen. Nachdem am 16. April 1920 von der Nationalversammlung eine Entschließung angenommen worden war, die Ausarbeitung dieser Gesetzmürke zu beschleunigen, ist bis 1925 kein derartiger Gesetzentwurf erschienen.

* Die deutsche Verkehrsseinheit. Auf der Londoner Konferenz war es gelungen, die Wiedereinführung der mitteleuropäischen Zeit im Eisenbahnverkehr des befreiten Gebietes, die bei diesen Verhandlungen für Deutschland ein Programmpunkt war, durchauschen. Außerdem ist auch die Wiedereinführung der mitteleuropäischen Zeit für den Eisenbahnverkehr im absehbaren Gebiet durchgelegt worden. Sie wird vom 1. Februar ab gelten, sodass die deutsche Verkehrsseinheit von diesem Termin ab vollkommen wiederhergestellt ist.

* Der amerikanische Botschafter empfängt Interessen. Der zum Botschafter des Deutschen Reichs in Washington ernannte Freiherr von Waldersee, der sich nach Rückkehr des Botschafters Dr. Wiedfeldt Ende Februar auf seinen Posten begeben wird, sieht Interessen für etwaige Wünsche und Anträge in der Zeit von Montag, den 2. Februar bis einschließlich Freitag, den 6. Februar (mit Ausnahme von Mittwoch-

den 4. Februar) von 11—12 Uhr mittags im Außenamt, Berlin, Wilhelmstraße 74, zur Verfüzung. Anmeldungen unter Angabe des Gegenstandes der Befreiung werden erbeten an Legationsrat Daviden, ebendort.

* Esperanto-Gottesdienst in Paris. In Paris kann man jetzt sogar in katholischen Gottesdämmern Predigten und Kirchengesänge in Esperanto hören. Im vergangenen Dezember hat Pater von Saint Jean de Montmartre in seiner Kirche einen Esperanto-Gottesdienst abgehalten. Im Chor war eine große grüne Fahne, das Symbol der katholischen esperantistischen Liga, aufgerichtet worden, und mehrere hundert Esperantoanhänger aus den verschiedensten Ländern waren herbeigeeilt, um der Predigt zu lauschen. Die Gebete und Lieder wurden ebenfalls in der Weltsprache des Dr. Bamenhof gesungen und gelungen.

* Bläserkursus in weißlicher Diakonie. In der ev.-luth. Diakonissenanstalt zu Dresden war vom Montag bis Freitag vorher Woche eine große Zahl von Gästen eingeladen, und einer Anregung des Deutschen Kirchenbundes folgend, fand zum ersten Male ein Bläserkursus in weißlicher Diakonie statt. Das Landeskonsistorium bat die Mittagsmahl bewilligt und in feierlicher und fröhlicher Arbeit, die sich an Gottesdienst, Krankenhaus, Unterricht und alle Einrichtungen des Diakoniebaues, auch auf seine Filialen in Böhlitz und Löbtau erstreckte, wurde die Kunde vom Leben und Weben der Diakonie, die so wichtig und doch ameist so verborgen ist, durch 22 Geistliche der Landeskirche dem Kirchenbund des Bundes angeleitet. Herrvorreden sind die Vorträge, die von einigen Schwestern gehalten wurden. Die Kursteilnehmer, wie die Schwesterwahl bezeugten ihre Befriedigung über den Verlauf des Unternehmens, das in den Voraussetzungen bestand.

* Die Deutsche Reichsbahngesellschaft scheint mit Abwendung vom bürokratischen Betrieb wirklich Ernst machen zu wollen. Von einem Anfang in diesem Beginnen teilt sie folgendes mit: Müllig wird es bei Fahrt auf der Deutschen Reichsbahn möglich sein, Fahrkarten und Fahrkarte, die bereits für eine bestimmte Strecke gelöst sind, ohne längere Formalitäten auf eine andere Strecke, die zu demselben Belpunkt führt, umzuschreiben zu lassen. Bedingung dabei ist, daß die leichtere Strecke kürzer ist. Es kann z. B. ein Reisender, der einen Fahrkredit für die Strecke von Berlin nach Frankfurt a. M. über die Strecke Halle-Frankfurt gelöst hat, nachträglich aber seine Reisedispositionen ändern muss, sich neuen Fahrkredit zur Fahrt über die Strecke Berlin-Böhlitz-Nordhausen nach Frankfurt a. M. umschreiben lassen. Die Umstellung erfolgt durch die Eisenbahntationen und amtlichen Auskunftsstellen.

* Personenverkehr mit Ungarn und Rumänien. Bei den Fahrkartenausgaben in Chemnitz, Dresden und Leipzig und bei den Zweigstellen des Mittel-europäischen Fleißbüros in diesen Orten sind nunmehr wieder durchgehende Fahrten nach Budapest und Bukarest über Prag erlaubt. Außerdem werden auch Fahrten nach Bukarest über Katowitz-Kratau-Zemitzberg und in Leipzig nach Budapest und Bukarest über Regensburg-Bayreuth-Wien ausgebürgert. Gepäck kann ebenfalls wieder durchgehend abgegeben werden.

* Sachsen. Gestern wurde am Sonntag gegen 11 Uhr ein älterer Mann, welcher sich seit 1. Januar schon mehrmals an einem 13-jährigen Mädchen jütlch verhangen hatte. Der Betreffende ist verheiratet und hat selbst schon große Kinder, er wurde dem Amtsgericht ermahnt, nicht männlichen Personen, die sie ansprechen und zum Mitgehen auffordern, zu folgen.

* Dahlen. Herr Klempnermeister Klempner sen. hat mitgeteilt, daß er Ende Dezember 1924 den ihm übertragenen Posten als Branddirektor der Stadt Dahlen niedergelegt hat. Deshalb wurden dem Hauptmann der Freiwilligen Feuerwehr, Herrn Dienstmeister Arnold, bis auf weiteres die Geschäfte des Branddirektors übertragen. Man bedauert den Abgang des Herrn Klempner sehr umso mehr, als derselbe fast ununterbrochen 30 Jahre lang im Dienste der Freiwilligen und Pflichtfeuerwehr steht und dadurch indirekt der Stadt viele wertvolle Dienste und Erfahrungen im Feuerlöschwesen in uneigennütziger Weise zur Verfügung gestellt hat.

* Sachsenhausen. Am Sonntag nachmittag verschob nach einem Krankenlager von 22 Wochen der Ehrenhauptmann der Freiwilligen Feuerwehr, Herr Franz Uhlemann im nahezu vollendeten 73. Lebensjahr. Mit ihm ist ein Mann von altem Schrot und Korn dahingegangen, ein Mann, der sich um das Turn- und Feuerlöschwesen unserer Stadt große Verdienste erworben hat.

* Dresden. Der Männergelehrte der Dresdner

Fleischinnung hält am Sonntag nachmittag im großen Saale des Ausstellungspalastes die Feier seines 25-jährigen Bestehens, verbunden mit Fahnenweihe, ab, aus welchem Anlaß Abordnungen auswärtiger Brudervereine, u. a. auch Rioja, erschienen waren und zunehmend unter Überreichung von Fahnenabzeichen und Schleifen ihre Glückwünsche aussprachen.

* Dresden. Am Sonntag nachmittag ereignete sich in der Konditorei von Kießling in der kleinen Blaueniden Gasse ein blutiges Drama. Der ehemalige ungarische Offizier und jetzige Ingenieur Josef Langer, in Zeulenroda geboren, und seine Tochter, die Tochter eines ehemaligen Feuerlöschers, verstarben. Langer hat in einem Gastronomie zuerst die Friedlich und dann sich selbst erstickt. Der Vorgesetzte verurteilte begreiflicherweise erledigtes Suizid. Vor dem Tod hat Langer auch anderen Personen gegenüber ganz bestimmt Angaben gemacht, weshalb die Getöteten angelich in gewisser Richtung unter dem Einfluß ihres Vaters standen haben soll, dies ist bereits Gegenstand behördlicher Enquêtes.

* Dresden. Gestern morgen gegen 9 Uhr wurden das im Grundstück Dornblüthstraße 17 wohnende Schlossereipaar Schreiber und ein aus Bautzen zu Besuch weilender Verwandter in der Wohnung tot aufgefunden. Nachbarsleute hatten die Schreiberden Toten den ganzen Sonntag über nicht gesehen und benachrichtigten die Polizei, welche die Wohnung öffnete. Man fand die beiden Schreiber und den Verwandten in den Betten liegend tot auf. Wie festgestellt worden ist, waren die Schreiberden Toten am Sonnabend abends mit ihrem Besuch in einer in der Nähe befindlichen Schankwirtschaft bis zum Schluss der Polizeistunde gewesen. Beim Nachhausekommen hat sich offenbar eine der beiden in der Nähe in der Nähe des Gasbaus, der außerordentlich leicht drehbar ist, zu öffnen gemacht und ihn dabei unbemerkt ausgestoßen. Das auskommende Gas konnte in sämtliche Räume dringen, da die Fensterläden offenstanden. Der Tod ist offenbar schon in der Nacht zum Sonntag durch Gasvergiftung eingetreten. Ein Verdunstender dritter Personen liegt nicht vor.

* Dresden. Viele am Sonntag erfolgten Einbrüche in Wohnungen und Geschäften sind die Ergebnisse der Wiederwahl des Bremischen Polizeipräsidiums Dresden mit, die von der Bremischen Polizeibehörde von hier zur Unterstützung angeforderten Polizeikräfte erstmals mit dem eifrigsten Polizeikreisstraßenwagen und mit dem neuen Panzerauto mit Ausnahme von Bremischen Polizeikräfte

worden sind. Sie in dem Streifenwagen beförderten Polizeimannschaften waren 20 Minuten und die mit dem Großkraftwagen transportierten Polizeimannschaften 30 Min. nach dem Anruf an Ort und Stelle.

* Dresden. Am Sonntag ist hier der Oberst a. D. Albert Schumann nach schwerem Leid gestorben. Derlebte gebürtig fast während seines gesamten aktiven Dienstes dem ehem. 2. Grenadier-Regiment Nr. 101 an.

* Pulsnitz. Eine am Freitag im Sitzungssaal des Rathauses tagende Versammlung von Vereinern dieser Ortschaften, Innungen usw., beschloß vom 18.—21. Juli in Pulsnitz eine Stadtfeuerwehr mit Heimatfeuerwehr aufzubauen.

— Am Donnerstag nachmittag hat ein Handwerksbüro aus der Bittauer Gegend die Konditoreibefreiung Hoffmann in ihrem Laden gewährt und zu Boden gedrückt. Auf ihre Hilferufe kam ihr Mann dazu, dezelte sie und hielt den Handwerksbüroleiter fest. Bei seiner Vernehmung durch die Polizei gab er an, daß er die Absicht gehabt habe, die Frau bis zur Gewaltlosigkeit zu würgen und dann die Ladentasse zu berauben. Der Täter ist wegen Raubes und schweren Diebstahls schon dreimal vorbestraft.

Bautzen. Eine große Protestversammlung fand am Sonntag vormittag im Saale des Hotels "Weißes Roß" gegen die hohen Posttarife, Tanz-, Postum-, Waschen-, Ball-, u. Steuern und den Geländesegelbühren statt. Vertreter der Vereine für Sport, Gesang, Kunst, Kultur, Gewerbe und Handel, Musiker und Angestellte, Inhaber von Saal- und Konzertlokalen, Freizeit- und Maskeverleiher aus Stadt und Amtshauptmannschaft Bautzen, den Städten Bischofswalde, Schirgiswalde und den Landgemeinden waren in großer Zahl erschienen. Nach einem Referat des Landesvorstandes des Saal- und Konzertlokalinhaberbundes, Baum-Dresden, und reicher freier Aussprache sah man einmütig eine Entschließung gegen die hohen Steuern bei geschlossenen und öffentlichen Veranstaltungen. In der Entschließung wird zum Ausdruck gebracht, daß diese Steuern in den nachbarlichen Städten und Gemeinden schon längst auf ein extrajuristisches Maß herabgesetzt sind und „warnet deshalb die Behörden in letzter Stunde nochmals, die Dinge einfach so weiterlaufen zu lassen und droht auf schärfste Erfüllung der Wünsche“.

* Bittau. Am Sonnabend nachmittag verunglückte in Bittau ein Hesender, der auf der Fahrt nach Bittau von dem 5,55 Uhr in Bittau abfahrenden Zug abprang. Er geriet unter die Räder und es wurden ihm der rechte Fuß und das linke Bein abgefahren. Der verunglückte Kaufmann Alfred Deitschel aus Bautzen, ist seinen Verletzungen sofort erlegen.

Bittau. Wegen schwerer littlicher Verfehlungen, begangen während der Ausübung seiner ärztlichen Praxis, bat nach einer öffentlich erlossenen Entlastung der Kreisärztekreis von Bittau und Umgegend den bayerischen Arzt Dr. Brinicher auf einstimmigen Beschlussverschluß vom Ärzteverein ausgeschlossen. Wahrscheinlich dienten allgemeine Anzeichen erregenden Beschluß höchstens ein fürstlich gefälltes Urteil des Schöffengerichts Bittau sein, wonach Dr. Brinicher wegen tödlicher Beleidigung einer Patientin zu einer Geldstrafe von 1000 Mark verurteilt wurde. Brinicher ist noch ein ziemlich junger Arzt, bat aber eine ausgedehnte Praxis.

* Buchholz. Dieser Tage brach in einem Betriebsgebäude der Fa. Heinrich Wilhelm Gutheret Großfeuer aus. Im Dachboden des Gebäudes befand sich die Wohnung eines Kuchers, dessen Familie aus dem Schlaf geweckt werden mußte und nur mit dem nächsten Leben davonkam. Die Frau, die nochmals in das brennende Gebäude geeilt war, um das Leben von ihren vier Kindern zu retten, erlitt einen Nervenschlag und mußte bewußtlos in das Krankenhaus gebracht werden. Das Hauptgebäude und die beiden Seitenflügel wurden bis auf die Umfassungsmauern eingeebnet. Der entstandene Schaden beläuft sich etwa auf $\frac{1}{2}$ Million. Es wird Ersatzbereit als Brandursache vermutet.

* Bitterfeld i. W. Die bayerische Kirchengemeinde ist in einen Konflikt mit dem ev.-luth. Landeskonsistorium geraten, wegen der nach Meinung der Gemeinde unbegründeter Abberufung des Pfarrvaters Paul und seine Rückbestätigung zum Pfarrer des Ortes. Da das Konfliktum durchaus einen anderen Geistlichen ernennen will, so ist die Gemeinde zum äußersten Widerstande entlossen.

* Johanneumsgenstadt. Ein Postbeamter aus Schwarzenberg, der die Bahnpforte zwischen Johanneumsgenstadt und Schwarzenberg zu begleiten hatte, wurde wegen Verzerrung der Bahnpforte festgenommen.

* Blaau. Hier wurden der 23jährige Arzt Josef Kuglmeyer aus Straubing und der 20jährige Arbeiter Albert Kahl von hier verhaftet, die in den letzten zwei Monaten etwa 50 Gartenhaus- und andere Einbrüche verübt haben. Ein Teil der geübten Gegenstände konnte wieder erlangt werden. — Am Sonntag beging der ehemalige Bürgermeister der Stadt, Ehrenbürger Theodor Schmitz, seinen 75. Geburtstag. 30 Jahre lang war Schmitz zunächst als Stadtrat, dann als Polizeibeamter und zuletzt als Bürgermeister in Blaau tätig und hat auch nach seiner Pensionierung im Jahre 1918 seine Arbeitstracht in den Dienst der Allgemeinheit gestellt.

Leipzig. Bei einer Frau, die ein Kind annehmen wollte, erzielte eine etwa 27jährige Frauensperson und brachte ein Kind mit. Sie war in Begleitung einer zweiten Frau, die sich als ihre Mutter ausgab. Nach dem sie beide über den Kostenpunkt geeinigt hatten, ging die Frau mit dem Kindes zu bringen. Sie hat sich aber bis jetzt nicht wieder leben lassen. Offenbar kam es ihr nur darauf an, das Kind loszuwerden. Es ist ein Knabe von etwa acht Monaten, der Walter Kuhn heißt. Die Angaben scheinen aber falsch zu sein.

Leichter Schneefall.

Berlin. (Funkspur.) Im Berlin ist heute in den frühen Morgenstunden leichter Schneefall eingetreten.

* Freiburg (Breisgau). Nach Wochen fast frühlingsartiger Witterung ist heute in ganz Südbaden der erste ausgiebige Schneefall niedergegangen.

Görlitz. Gestern nachmittag trat hier leichter Schneefall ein.

Der Goldbestand der Reichsbank.

* Berlin. Über den Goldbestand der Reichsbank wird von unterschiedeter Seite mitgeteilt: Der Goldbestand war am Ende des Jahres 1923 bis auf 467 Millionen aufzunehmungsfähig. Er ist im Verlaufe des Jahres 1924 erheblich gestiegen und beträgt nach dem letzten Januarauweis der Reichsbank gegenwärtig 791,6 Millionen. Das bedeutet eine Steigerung des Goldbestandes im Zeitraum eines Jahres um fast 75 Prozent. Die große Bedeutung dieser Steigerung fällt um so mehr in die Augen, als dieser Erfolg inmitten einer noch nicht überwundenen wirtschaftlichen und finanziellen Krise erzielt wurde. Abgesehen von diesem Anwachsen des Goldbestandes hat die Reichsbank auch wieder einen ansehnlichen Vorrat von Devisen gesammelt. Goldbestand und Devisenvorräte bilden die höhere Basis der deutschen Währung. Die Reservestellung hat sich allein in den beiden ersten Januarwochen 1925 nicht unerheblich verbessert. Die Reduktion durch Gold allein von 39,1 auf 48,1 durch Gold und Reservestellung von 52,5 auf 64,1 Prozent.

Barmat's Geständnis.

Berlin. In der Barmat-Affäre hat der Sonnabend ein überraschendes Geständnis Isaak Barmats gebracht. Isaak Barmat ließ sich seinem Untersuchungsrichter vorführen, um ihm wichtige Ergänzungen zum letzten Bericht zu machen. Hierbei erklärte Isaak Barmat, daß er jetzt alles sagen wolle. Er gab dann eine genaue Schilderung der Vermögensentwicklung der Barmats, die 1914 mit 45 Rubel Vermögen nach Amsterdam gekommen waren und heute 63 Firmen und Geschäfte in ihrem Konzern vereinigen, von denen allerdings 11 bereits in Konkurs sind und weitere 21 unter Geschäftsausfall stehen bzw. diese beantragt haben.

Das Geständnis Isaak Barmats war am Sonnabend noch nicht beendet. Sein Inhalt ist vorläufig nicht für die Öffentlichkeit bestimmt.

Die zweite Überraschung am Sonnabend war die Aufgabe des Status der in Konkurs geratenen Käufler-Stein-Bank. Es wurde ein Barbestand von nicht mehr als 600 Mark vorgefundene. Die Verpflichtungen der Bank gegenüber der Staatsbank betragen allein 35 Millionen Mark.

Polnischer Insurgentenprozeß in Leipzig.

Leipzig. (Funkspur.) Vor dem 4. Strafgericht wurde heute der 5. Prozeß verhandelt, der gegen Mitglieder des polnischen Verbandes der schlesischen Bürgelndlichen wegen Vorbereitung eines Verbrechens des Hochverrats angeklagt worden ist. Angeklagt sind heute 5 Personen, 4 Angeklagte sind preußische Staatsangehörige, einer hat für Polen optiert. Alle sind seit dem März 1924 in Haft. Die Angeklagten bestreiten, Mitglieder des Verbandes geworden zu sein. Teils wollen sie nicht gewußt haben, um welche Art von Verein es sich handelt, teils wollen sie überhaupt nicht beitreten sein. Soweit die Angeklagten in der Voruntersuchung andere Aussagen gemacht haben, erklären sie dies mit Bedrohung oder Angst.

Die Rechtsgrundlage der 3. Steuernotverordnung.

Programmatische Erklärung des neuen Reichsjustizministers.

Berlin. (Funkspur.) Im Aufwertungsausschuß des Reichstags gab der neue Reichsjustizminister Breitenbach folgende programmatische Erklärung ab:

Alsobald nach Bekanntgabe der 3. Steuernotverordnung hat das Reichsgericht ihre Rechtmäßigkeit eingehend geprüft und ausdrücklich festgestellt. Gleichwohl wurde die Verordnung auch noch in neuerer Zeit vielfach als ungültig bezeichnet und meistens sind die Gerichte über die Entscheidung des Reichsgerichts hinweggegangen. Hierdurch wurde durch öffentliche Kundgebungen angekündigt, zum Teil dem Reichsgericht angehörigen Persönlichkeit, die für die Unrechtmäßigkeit der 3. Steuernotverordnung eintraten in welchen Kreisen Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Aufwertungsvorschriften wachergerufen. Ferner haben in neuerer Zeit das Reichsgericht und das preußische Kammergericht sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Errichtung des § 84 der 3. Steuernotverordnung für einzelne von der Reichsregierung erlassene Durchführungsbestimmungen, die in un trennbarem Zusammenhang mit der Hauptverordnung stehen, keine ausreichende Rechtsgrundlage bilden. Hiermit war auf dem ganzen Gebiet der Aufwertung eine unabsehbare Ungewissheit eingetreten, die schwere wirtschaftliche Gefahren heraufbeschwor. Es stand zu befürchten, daß die Kreditlinie und damit die Schwächung der Produktionsfähigkeit der deutschen Wirtschaft in Stadt und Land auf lange Zeit anhalten würde. Dies hätte die Polstabilität unserer Zahlungsbilanz und so das Angebot von Reichsmark auf dem internationalen Geldmarkt gesteigert und damit eine schwere Belastung der gewonnenen Währungsstabilität herbeigeführt. Unter diesen Umständen entschloß sich die Reichsregierung dem Reichspräsidenten zu empfehlen, durch eine auf Grund des Art. 28 der Verfassung zu erlassende Verordnung die 3. Steuernotverordnung auf eine neue zwecksfreie Grundlage zu stellen, wodurch eine einstweilige Rechtsunklärung zu lösen.

Die in der Öffentlichkeit hiergegen erhobenen Bedenken teilt die Reichsregierung nicht. Es war gerechtfertigt, die aus der Erschöpfung der Rechtsgrundlage der 3. Steuernotverordnung hervorgegangenen schweren Gefahren für die Öffentlichkeit durch eine Notverordnung auf Art. 48 abzumelden.

Im übrigen ist die Verordnung nur zur einstweiligen Regelung der Aufwertung bestimmt. Die Reichsregierung steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die endgültige Lösung des Aufwertungsproblems nur im Wege der ordentlichen Gesetzgebung gefunden werden kann.

Eine Regierungsvorlage zur Ergänzung der 3. Steuernotverordnung ist in Vorbereitung. Die Vorarbeiten sind weit vorgeschritten, daß die Reichsregierung die Einführung bei den gesetzgebenden Körpern für nahe Zeit in Aussicht stellen kann. Für mögliche Beschleunigung ist Sorge getragen.

Reichsfinanzminister von Schlieben betonte die Notwendigkeit einer endgültigen Regelung, damit die Wirtschaft in der Folge von Beunruhigungen durch die Aufwertungsfrage verschont bleibt. Dabei müßte auch der sozialen Gerechtigkeit Genüge geschehen. Ihre Grenzen findet diese Ansicht in dem Wohl der gesamten Wirtschaft, die den Interessen des einzelnen vorangehe. Aber es werde und müsse ein Mittelweg gefunden werden. Bei den öffentlichen Anleihen denkt er sich die Aufwertung so, daß mit in erster Reihe die bedacht werden, die dem Reich in der Zeit der Not mit ihrem Gelde begehrten seien und unter diesen müssen wiederum die Bedürftigen bevorzugt behandelt werden. Große Schwierigkeiten verursache die Unterscheidung zwischen altem und neuverworbenem Anleihebedarf. Man hoffe aber, jetzt einen Weg gefunden zu haben, der für die Banken gangbar sei. Er hoffe bestimmt, daß die Banken an der vorgesehenden Art der Regelung mit allen Kräften mitwirken und auch Rücksicht und Kosten nicht scheuen würden. Es müsse unter allen Umständen vermieden werden, daß die Spekulation sich auf Kosten der geschädigten Anleihebesitzer bereichert.

Gesellrat Nothen (Reichsfinanzministerium) erklärte auf eine Anfrage, daß die Verhandlungen mit den Banke und Bankiers ausschließlich bewegen, die Unterscheidung zwischen altem und neuem Anleihebedarf technisch vorgubereiten. Die Schwierigkeiten dieses Problems waren zu beseitigen, bevor ein entsprechender Gesetzentwurf den entsprechenden Körpern vorgelegt werde. Das Ministerium hoffe, mit den Banken zu einer Verständigung zu kommen.

Eine deutsch-nationale Entschließung.

Nach eingehender Diskussion, an der sich die Vertreter aller Parteien beteiligten, wurde eine deutsch-nationale Entschließung angenommen. Sie erfordert in Punkt 1 die Reichsregierung, sofort einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den vorgesehen wird, daß die vor den Aufwertungsfällen, örtlichen und östlichen Gerichten anhängigen Verfahren über Aufwertungsstreitigkeiten, bei denen eine Entscheidung auf Grund der dritten Steuernotverordnung der

Aufwertungsverordnung und der auf Grund des Artikels 48 zu dienen Verordnungen erlossenen Verordnung werden muß, auf Antrag eines Beteiligten bis zur gleichen Neuregelung der Aufwertung ausgelegt werden. Punkt 2 der Entschließung verlangt die Verlängerung des Ausschlusses auf eine Woche.

Die Vertreter der Sozialdemokratischen und der Kommunistischen Partei im Ausschuß protestieren gegen diese Abstimmung, da nach ihrer Meinung der Gang der Abstimmung geschäftsordnungswidrig vorgenommen sei. Sie erklären, daß sie sich alles vorbehalten möchten und daß sie sich an der Abstimmung nicht beteiligt hätten.

Lebte Sunnspur-Meldungen und Telegramme vom 27. Januar 1925.

Ein kommunistisches Wolfenbacher entdeckt.

Berlin. (Funkspur.) Der "Vorwärts" meldet aus Köln, daß im Hause Katharinstraße 7 von der Polizei ein kommunistisches Munitions- und Waffenlager entdeckt worden ist. Es wurde eine fertiggestellte Bombe, ferner Material für die Herstellung von 50 weiteren Bomben anderer Art vorgefunden.

Dr. Schler in München.

* Berlin. Wie die "Wollfische Zeitung" mitteilt, weiß der Reichswohrminister Dr. Schler seit gestern in blanken Angelegenheiten in München, wo er sich einige Tage aufzuhalten wird.

Schiedsgericht für die Hamburger Hafenarbeiter.

Hamburg. (Funkspur.) In der Hafenbewegung der Hamburger Hafenarbeiter ist heute ein Schiedsgericht gefüllt worden, der eine Erhöhung des Schichtlohnes von 6 Mk. auf 8,30 Mk. vorschlägt. Die Hafenarbeiter hatten einen Schichtlohn von 7,20 Mk. gefordert. Die Erklärungsliste läuft am 31. d. M. ab.

Die deutsch-belgischen Verhandlungen.

Brüssel. (Funkspur.) Wie "Etoile bleue" meldet, hat man in den Regierungskreisen den Eindruck, daß die deutsch-belgischen Verhandlungen für den Abschluß eines Handels-Modus vivant zum Abschluß kommen werden.

Vortrag Helmut v. Gerlach in Brüssel.

Brüssel. (Funkspur.) Der deutsche Botschafter Helmut von Gerlach hält hier auf Einladung der belgischen Liga für Menschenrechte einen Vortrag vor einer zahlreichen Hörerschaft. In seinen Ausführungen erklärte er, daß er für die Sache der Deutschen Demokratie eintrete, die pazifistisch geblieben sei. Deutschland, das 60 Millionen Einwohner habe, dürfe nicht seiner Kolonien beraubt bleiben, deren Rückgabe die Voraussetzung für seinen Eintritt in den Völkerbund sei. Das deutsche und französische Volk müßten sich ausbauen und ein heiliges Bündnis gegen die Antiklerikale und Antisemitische jedes neuen Krieges schließen. Dem Vortrag wohnten u. a. Vandervelde und der Professor der Universität Lüttich die Wilmotter bei.

Rückzug der belgischen Besatzung aus Dorsten.

Dorten. Die belgische Besatzung in Stärke von einer Kompanie hat gestern den Ort geräumt. Nur auf dem Bahnhof ist noch eine Wache zurückgeblieben.

Dunkle Finanzmasken lasten des "Avanti".

* Rom. Der "Popolo d'Italia" beschuldigt den "Avanti", daß er zur Zeit der beginnenden Marktentwertung i. J. 1921 große Spekulationen in deutscher Mark gemacht habe, dabei mit 800 000 Lire hereingefallen sei und dadurch das Proletariat geschädigt habe. Ferner habe sich der "Avanti" aus Gaben, die für mitleidige Hungerleidende gesammelt worden seien, 250 000 Lire vorstreden lassen und sie niemals zurückgezahlt. Endlich habe der "Avanti" von einem Komitee für den Neubau eines großen Volkshauses 100 000 Lire entliehen. Das Blatt fragt, warum der "Avanti" nicht vor der eigenen Tür lehre.

Die Streitgefahr in französischen Bergwerken vermieden.

Paris. (Funkspur.) Nach einer Meldung aus Douai ist gestern zwischen Vertretern der Bergarbeitergewerkschaften und den Grubenbesitzern aller Bezirke ein Abkommen getroffen worden, nach dem die Bergarbeiter eine Lohn erhöhung von 75 Centimes bis 1 Franc pro Tag erhalten. Der drohende Streik ist also vermieden.

Keine Unterbrechung der deutsch-französischen Verhandlungen.

* Paris. Das französische Handelsministerium teilt mit, daß die Besprechungen mit der deutschen Wirtschaftsdelegation in den nächsten Tagen durch Rotenauftauch fortgesetzt werden. Mit einer Unterbrechung der Verhandlungen sei nicht zu rechnen.

Mitglieder der deutschen Wirtschaftsdelegation in Paris bekoblen.

* Paris. Havas berichtet von einem Diebstahl, dem ein deutscher Delegierter, der im Hotel in der Rue Bonaparte abgestiegen war, zum Opfer gefallen sei. Die Nachricht ist aufrüttend. Einem Mitglied der deutschen Handelsdelegation wurde in der Nacht zum Sonntag eine große Summe Geld geklaut. Auch sollen noch in anderen von Deutschen bewohnten Säumen Spuren eines verdeckten Diebstahls entdeckt worden sein.

Von der Arbeitslosenfürsorge zur Arbeitslosenversicherung.

Zur Arbeitsmarktkreisen wird uns geschrieben: Der Ruf nach Einführung einer Arbeitslosenversicherung wird immer dringender. Insbesondere empfinden es die Arbeitnehmer als Rücksicht, daß sie nach der augenblicklichen Regelung zwar zu Beiträgen herangezogen werden, andererseits durchaus nicht die Gewähr haben, in den Genuss von Leistungen zu kommen, da die Arbeitslosenunterstützung von der Bedürftigkeitsabhang gemacht wird. Von Seiten der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände wird nun gegen die Einführung einer Arbeitslosenversicherung Stellung genommen mit der Begründung, daß dadurch die Wirtschaft um das Doppelte gegenüber dem jetzigen Zustand belastet würde. Demgegenüber weiß Dr. Gustav Dohm, Regierungsrat im bayerischen Staatsministerium für soziale Fürsorge, in einem Aufsatz: "Bedeutet die Errichtung der Gewerbeleistungsförderung durch die Arbeitslosenversicherung eine Verkürzung der Wirtschaft?", der im Reichsarbeitblatt Nr. 27/1924 erschien, es darauf hin, daß nach amtlichen Schätzungen, die in Bayern angefertigt worden sind, eine Nettoarbeitsbelastung auf höchstens 10, vielleicht aber nur auf 5 %.

Bei der Begründung der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände geht man davon aus, daß die Zahl der mangels Bedürftigkeit aus dem Kreise der Unterstützungsberechtigten ausgedehnten Erwerbslosen mindestens ebenso hoch zu schätzen sei, wie die Zahl der jetzt unterstützungsberechtigten Personen. Es wird aber nicht berücksichtigt, daß durch den Wegfall der Bedürftigkeit und der damit zusammenhängenden Verwaltungskosten, sowie durch eine Reihe von anderen Bestimmungen des Sicherungsgesetzes gegenüber den entsprechenden Bestimmungen der Gewerbeleistungsförderung eine beträchtliche Rinderung des Aufwandes eintreten wird.

Handel und Volkswirtschaft.

Europäisches Lob der deutschen Flugzeugindustrie. Neben das Gaspar-Flugzeug Typ 017 für zwei Personen mit 12 PS Kleinmotor, erbaut von den Gaspar-Werken in Travemünde, findet sich in Nr. 47 der führenden englischen Fachzeitschrift "Flight" eine sehr bewerkenswerte Kritik. Darnach ist das Gaspar-Flugzeug als außerordentlich vollkommen anzusehen. Durchaus selbe ist der Beweis erbracht worden, daß es möglich ist, mit äußerst geringer Motorleistung zwei Personen zu befördern, ohne daß die Sicherheit des Apparates irgendwie beeinträchtigt zu werden braucht. Dieselbe ist vielmehr noch besser als bei den meisten Flugzeugen für den Flugverkehr. Ganz besonders weist der Verfasser des Apparates auf die sinnreiche und einfache Konstruktion des Gaspar-Flugzeuges hin, dies ermöglicht, dasselbe so billig herzustellen, daß sich weitere Kreise dieses Sport- und Ver-

kehrs mittels bedienen können. Das Gaspar-Flugzeug hat inswischen einen neuen Höhenweltrekord für derartige Flugzeuge aufgestellt. Um Interesse der Entwicklung der gesamten Flugzeugindustrie ist es zu wünschen, daß die der Entente nun mehr aufgehoben werden, damit sich die deutsche Industrie mit dem ihr eigenen Erfindergeist und Fleiß noch mehr als bisher auswirken kann.

An der Berliner Börse war die Haltung des Effektenmarktes am Montag im ganzen ähnlich wie. Es lagen Kaufkraft in stetiger Zahl aus dem Ausland und aus dem Überland vor. Unter den Montanaktien hatten das rechte Geschäft Nördl.-Neusser, Dössch., Braunschweig, Rheinisch. und Ehener Steinkohle. Die elektrischen Werte lagen fest, insbesondere AGW-Aktien, ebenso Farb- und chemische Werte. Auf Grund ausländischer Rücksichten gewannen Anglo-Guano bis zu 7%. Schiffsbauaktien, Metall- und Textil-

werte hielten reges Geschäft. Aktienvärte waren gut bepunktet. Auf dem Rentenmarkt hatten die beheimateten Werte so gut wie gar kein Geschäft. Von ausländischen Renten gewannen momentan Türkenswert, wie Anatoller und Bagdad-Anleihe im Kurs. Die Börse schloß bei lebhaftem Geschäft in leichter Haltung. Der Geldmarkt blieb völlig. Der Sack für tägliches Geld war 8 bis 11% der Bruttodiskont 8%. Vom Devisenmarkt sind keine Veränderungen zu berichten. — Auf dem Produktionsmarkt waren die Umläufe in Brotgetreide und Mehl nur gering. Die Forderungen wurden hoch gehalten, während die Nachfrage gering war. Wegen der Unzuverlässigkeit des Wechselgeschäfts ließen die Rückländer mit Anträgen für Weizen und Roggen sehr zurück. Gerichte hatte wenig Geschäft, von daher wurde Saatware etwas mehr als sonst gekauft. Im handelsrechtlichen Viehverkaufsgeschäft waren die Umläufe sehr gering.

Morgen

letzter Tag

unseres großen Inventur-Ausverkaufes

Benutzen Sie diese günstige Gelegenheit.

Wir sind wirklich billig für gute Ware.

Gehr.
Riedel

Ecke Wettiner- und Carolastraße

Modenhäuser

H.
Lohmann & Stadif.
Albertplatz.

Amtliches.

In unserer Bekanntmachung vom 10. 1. 1925 — Nr. 14 des Riesaer Tageblattes vom 17. 1. 1925 — muß es nicht Geländeverkehr, sondern „Gefäß- durchfahrtverkehr“ heißen.
Der Rat der Stadt Riesa, am 26. Januar 1925.

Berichtigung. Am gestrigen Maskenballunterhalt vom Gallois Glashütte muß es heißen: 14. März.

Vereinsnachrichten

Allgem. Turnv. Riesa. Mittwoch Turnrat, Festausschuß u. Gauabgab. Versamml. im Löwen-Jungstahlheim. Mittwoch, 28. 1., 7.30 Uhr Stern, feierlich später.

Allgemeiner Handelsverein Riesa. Donnerstag, 29. dts., abends 18 Uhr Mitgliederversammlung im Restaurant "Vichtspielhaus" bei Thalmann. Die Anträge für Heraufsetzung der Mietzinsteuer weg. Opposizioni-Sitten sind bis spätestens 31. dts. bei der Stadtkasse abzugeben.

Landw.-Hausfrauenverein

Riesa und Umgebung, Dienstag, 3. Februar, nachm. 3 Uhr im Café Möbius

Hauptversammlung.

1. Geschäftsbericht, 2. Haushalt, 3. Berichtesest.

Der Vorstand der

Begräbnis-Unterstützungskasse des Eisenwerkes Riesa

Indet hiermit zur

General-Versammlung

Sonntag, 1. Februar 1925, nachmittags 2 Uhr im Betriebsgebäude am Werk ein.

Deutsche Kavallerie Riesa und Umgebung. Hot. Höpfner. Sonnabend, 7. Februar

große

Kavallerie-Konzert

mit nachfolgend. Ball,

ausgeführt vom gelangt.

Trompetenkörps

Meister-Negts. Nr. 12. — Karten können bei allen

Rameraden des Vereins entnommen werden.

Deute Dienstag, den 27. Januar, abends 8 Uhr

Generalverammlung im Vereinslokal.

Gasthof Wulfnik.

Diesen Sonnabend, 31. Januar 25 im ersten Saale

großer öffentlicher

Maskenball.

mit verstärktem Musikorchester von je 2 der schönen und originellsten Damen- und Herrenmasken. Einlaß 6 Uhr, Aufzug 7 Uhr, Demaskierung 10 Uhr. Masken zu erwerben im Gasthof zu haben. — Für vorzügliche Speisen und Getränke ist bestens gesorgt. — Genügsame und fröhliche Stunden versprechen, laden hierzu ganz erneut ein. Friedrich Ester.

Altrenommierter Gottbuser Rornbrennerei sucht für Riesa und Umgebung bei der einschlägigen Rundschau bestens eingeführten

Vertreter.

Es wollen sich nur solche Herren melden, die nachweisbare Erfolge erzielt haben. Ges. Offerten unter W 2147 an das Tageblatt Riesa.

Deffentl. Maskenball

Freitag, 6. Februar 1925
Beginn 7. Demokr. 10 Uhr



Karten bei Buchb. M. Blume, R. Haferkorn, Sig.-Gesch. Wittig und Schub. „Fortuna“

Hotel zum Stern

Dirndelstoffe

tolpiale Auswahl in Streifen, Narz, gebündelt empf. Uhligs Nestergeschäft, Paßhofer Straße.

Steinerts Kantine

Lager Zeithain.

Nächsten Freitag, 30. Januar, bis mit

Sonntag, 1. Februar

großes Bockbierfest.

ff. Bockwürstchen. Brotwurst mit Sauerkraut, Pfannkuchen. Röttich gratis.

Glöckchen Unterhaltungsmusik.

Es laden freundlich ein Paul Golba u. Frau.

Parkett-Fußboden

bester u. billigster Preis, speziell auf alte, abgenutzte Dielen, liefert und verlegt Döbelner Parkett-

Fabrik Julius Größler, Döbeln,

Am Bahnhof. Telefon 275.

Tag. Auseng: Ist's der Gusten, Erklärung,

Heiterkeit? Alles: Nutzt doch die allein echten

Oberhauer Wacholderbonbons!

Horde überall Beutel à 15 u. 30 Pfg. Vertreter

Chem. Fabrik Willi Schulte

Oberbau i. Erzgeb. 14.

Praktikant sucht

möbl. Zimmer

v. 1. Febr. ff. Unt. Z 2150

an das Tageblatt Riesa.

Verlogen

einhaar schwere Ver-

techtstückl. Geg. Belohn.

abzukaufen. Niederlager, 1. a.

Praktikant sucht

möbl. Zimmer

v. 1. Febr. ff. Unt. Z 2150

an das Tageblatt Riesa.

Wer zieht

nach Riesa?

Hier wird eine schöne

5-Zimmer-Wohnung mit

reichlichem Badehörl frei.

Tausch über Dresden oder

andere größere Städte

fann sofort erfolgen.

Offerten unter A 2151

an das Tageblatt Riesa.

Wirtschaft

mit schönem Obst- und

Gemüsegarten sofort zu

verkaufen. Boris 48.

Befreit

werden Sie von

Büchern, Schreib-

Antiken usw. dch.

Anwendung von

Uhliss "Sicher"

Dot. 804. Rhab. i.

Riesa bei Central-

Treg. Cot. Hörl.

Tüchiges

Haussmädchen

geucht.

Stiehlers

Weinrestaurant

Gaußstraße 65.

Einige Gaben gutes

Elbwiesen-Heu

sind abzugeben

Mühlberg, Tel. 199.

Georg Haberecht,

Bobersen.

— Telefon Riesa 169.

Glanzplätt-Wäsche

nimmt wieder an

Frau Schulz, Riesa

Gaußstraße 12.

Wäsche wird gestiftet

Goethestraße 78, 1.

Für die vielen Beweise

liebevoller Teilnahme

beim Heimgange unseres

lieben kleinen

Heinz

sagen wir hiermit unseren

innigsten Dank.

Riesa, d. 27. 1. 1925,

Familie Alfred Göse.

Die heutige Mr. umfaßt

2 Seiten

SLUB
Wir führen Wissen.

5. Sächsische Landwirtschaftswoche.

15. Dresden. Gestern vormittag wurde die 5. Sächsische Landwirtschaftliche Woche durch den Vorsitzenden des Landeskulturrats Dr. Oef.-Alt Steiger-Lentewitz eröffnet. Im Namen des Landeskulturrats hielt der Redner die Vertreter der Staatsregierung, der Stadt Dresden, der Reichswehr und vieler anderer Behörden und Abteilungen willkommen und glaubte, in dem zahlreichen Erscheinen den Beweis zu haben, daß das Interesse für die Darlebungen der Landwirtschaftlichen Woche ein gleich großes wie in anderen Jahren ist.

Der Redner führte dann weiter aus: Die Abhaltung der Landwirtschaftlichen Woche ist nicht nur eine Gewohnheit, sondern sogar eine Notwendigkeit geworden. Die Schwierigkeit, die landwirtschaftliche Produktion und zwar eine intensive Produktion aufrecht zu erhalten, ist so groß geworden, daß mit allen Kräften danach gestrebt werden muß. Mittel und Wege zu finden, wie die Produktion verbessert werden kann. Der Wert neuer Erforschungen und Erfindungen auf dem Gebiete des Landwirtschaftsbetriebes muß erweitert und der praktischen Landwirtschaft zur Kenntnis gebracht werden. Aber auch andere Einstüsse, die der ungünstige Ausgang des Weltkrieges mit sich gebracht hat, müssen rücksichtslos erworben werden und zwar schnell, wenn ein Zusammenbruch der Landwirtschaft aufzuhalten werden soll. Der Redner ging dann zu einer Darstellung der Lage der Landwirtschaft, sowohl der deutschen, als auch insbesondere der sächsischen über und sagte dabei folgendes: Bei der vorjährigen Landwirtschaftlichen Woche kam die Hoffnung zum Ausdruck, daß das neue Jahr für die Landwirtschaft ein besseres werden möchte. Und wie ist es gekommen? Es ist nicht nur nicht besser, sondern bedauerlicherweise wesentlich schlechter geworden. Der vorjährige langandauernde Winter brachte uns schwere Sorgen, ein vollständiges Auswintern des Wintergetreides war zu befürchten. Ein war spät, aber fruchtbare Erbschaft enthol und glücklicherweise dieser Sorge und einer mittlere Ernte wuchs heran, die zu berechtigten Hoffnungen Anlaß gab. Doch auch diese Hoffnung sollte zerstört werden; das unaufhörliche Regenwetter, das mittleren in der Ernte eintrat und von langer Dauer war, und das Getreide ernährte und ungenähmt noch auf den Feldern überstand, brachte das Getreide zum Auswuchs, zum Verderben und damit unvermeidliche Verluste. Nur ein kleiner Teil des Landes, der mit leichtem Boden und schlecht durch den Winter gekommenen Augen, und ein geringerer Teil des Niederlandes hat seine Ernte unversehrt eingeholt. Am schlimmsten war und ist das Getreide daran, von dem weite Landstriche außerdem durch Hagel teilweise total vernichtet wurden. Die gesamte Landwirtschaft ist durch diese Witterungsereignisse in einen Zustand versetzt, der zu den größten Besorgnissen Anlaß gibt. Das ausgewählte Getreide faßt niemand den Landwirt ab. Um es noch einzunehmen zu verwenden, muß er es verfüttern.

Die harten Einnahmen durch Verlust von Getreide sind daher aufs äußerste geschrumpft. Wo man hinhört, kommt die große Klage, wie sollen wir uns bis zur nächsten Ernte durchschaffen? Vorräte gibt es nicht mehr und die von früher etwa noch vorhandenen Reserven haben sich in Schuldenlast umgewandelt. Die Steuerlast steckt und auf, so tönt es von allen Seiten aus der Landwirtschaft und mit vollem Rechte. Es gibt eben jetzt Steuerarten, insbesondere bei uns im Sachsenlande, die den Produktionsverzug in einer Weise beladen, daß sie ein wirtschaftliches Arbeiten auszuschließen drohen. Man kann nicht begreifen, daß man auch von Regierungssseite aus nicht bald Schluß mit der ganz unberechtigten Zugangssteuer und der Gewerbesteuer in der Landwirtschaft mache und die Grundsteuer auf ein tragbares Maß herabsetzt.

Es soll nicht verkannt werden, daß die Staatsregierung den besonders schwer betroffenen Kreisen durch Steuerentlastung und Darlehensgewährung unter die Arme griffen hat. Das sind aber nur vorübergehende Hilfsmittel, sie verhindern nur noch die Schuldenlast, die abzutragen gar keine Möglichkeit vorlegt. Um den intensiven Betrieb in der Landwirtschaft aufrecht zu erhalten, hat man zu dem zweitselbstlosen Hilfsmittel gekrümmt, der Landwirtschaft Darlehen zu verschaffen. Man hat es nicht für möglich gehalten, wie da von allen Seiten, von großen, mittleren und kleinen Wirtschaften angefordert wird, Beihilfe zu unterstreichen war bisher eine für die Landwirtschaft ungewöhnliche Arbeit. Hoffentlich bietet eine gute Ernte die Möglichkeit, die hohen Kosten aufzubringen und die Beihilfe einzulösen. Während von der westfälischen Bevölkerung nach Krediten framponiert gesucht wird, mußte man in den letzten Wochen erfahren, daß vom Osten eingewanderten Schleibern Millionenkredite eingeräumt wurden. Die Landwirtschaft fordert, daß Deutschland von diesem Schandtale wieder gereinigt wird, daß die Grenzen gegen solches Gesindel geschlossen werden. Hoffentlich sieht man an den maßgebenden Stellen ein, daß die deutsche Landwirtschaft auch ohne einen Schuß gegen das billiger produzierende Ausland nicht bestehen kann. Es ist dies eine Forderung, die im Interesse des gesamten deutschen Vaterlandes besteht, und daß nur dadurch der Wunsch in Erfüllung gehen kann, Deutschland, bezw. seine Ernährung auf eigene Füße zu stellen. Wenn wir für das Wiederaufblühen der Landwirtschaft kämpfen, so kämpfen wir für eine gute Ernte, in erster Linie für den Wiederaufbau unseres Vaterlandes. Die Landwirtschaft muß auch hier wie bisher an erster Stelle stehen.

Im Anschluß hieran sprach Dr. Georg Wilhelm Schieles-Naumburg über "Die Wirkung des Dawes-Plans auf die Landwirtschaft". In seiner Einleitung wies der Redner auf den großen Zusammenhang der Landwirtschaft mit dem Weltmarkt hin und betonte die Notwendigkeit eines engen Zusammenhanges zwischen der städtischen und ländlichen Bevölkerung.

In seinen weiteren Ausführungen, die der Redner mit reichlichem statistischen Material belegte, wies er vor allem auf das absolut untragbare Missverhältnis zwischen den Agrarpreisen (80 Prozent) und den Industriepreisen (120 Prozent) hin, eine in der Welt allgemeine Erscheinung, die aber in Amerika z. B. bedeutend geringer sei. Während die Industrie durch Schutzzölle, die in den letzten Jahren sogar noch erhöht worden seien, bevorrechtet wäre, müßte die Landwirtschaft der Sölle völlig entbehren, außerdem habe sie nicht einmal freie Ausfuhr, während sie auf der anderen Seite den Industriekaufmann zahlen müsse. Es sei eine Eigentümlichkeit des republikanischen Systems, daß landwirtschaftliche Schutzzölle nur durch Reichsgesetz eingeführt werden sollen, während die Industriezölle auf dem Begriff der Verordnung erlassen würden.

Die notwendige Sanierung der deutschen Wirtschaft wird zurzeit wieder hinausgeschoben durch die Auslandsfakten — unsere Handelsbilanz steht genau umgedreht so aus, als sie aussehen sollte. Was unsere Zeit von uns fordert, ist der Ausbau jeglicher Luxusimport und die Belastung der Einfuhr von Fertigfabrikaten. Nur auf diesem Wege kann unsere Handelsbilanz wieder aktiv werden. Wir gehen jetzt dem Abschluß der Handelsverträge entgegen, bis jetzt hat man diese am verfehlten Ende angefaßt. Das beweist vor allem der spanische Handelsvertrag: Wir dürfen uns nicht mit Wein und Apfelsinen bezahlen lassen. In den letzten Jahren ist der Schwerpunkt unserer innenpoli-

tischen Politik langsam von links nach rechts gerückt. Die Zeit der Gewerkschaftsfreiheit wird hoffentlich bald für immer vorüber sein. In Deutschland besteht eine Masse Bauernschaft, dieser Beruf ist imstande, die Geschichte des Volkes zu schreiben, aber von der engen Verwaltungspolitik muß der Bauer sich frei machen und sich zur Staatspolitik wenden. Es kommt die Stunde, wo der deutsche Bauer von der Geschichte gefragt wird, ob er über seinen Hof hinaus, an den großen Hof Deutschland denken könne. Der deutsche Bauer, der erste Bürgerstand der Nation muß — wenn und geholfen werden soll — die gesamte Staatspolitik zu ergründen verleben. Ob der Dawes-Plan ausgefüllt werden wird, soll die Sorge der anderen sein. Der deutsche Bauer hat die Pflicht, die Errichtung des deutschen Volkes sicherzustellen.

Anstelle des verhinderten Mittergutsbesitzers Freiherr v. Richthofen-Boguslawy hielt Dr. Friedrich Dubius den angekündigten Vortrag über: "Bodenbearbeitung und Düngung zur Herbeiführung höherer Erträge". Der Redner wies in seiner Einleitung auf die schlechte Lage der Landwirtschaft hin und stellte dann nachdrücklich fest, daß zur Hebung der Kulturen der Landwirt nicht extensive, sondern intensive Bebauung betreiben müsse. Zur Verbesserung der Produktion sei die verstärkte Anwendung von Stickstoff, Kalil, Phosphor und der übrigen künstlichen Düngemittel notwendig. Allerdings müsse der Gebrauch von Kunstdünger durch eine richtige Anwendung unterstellt werden, hinsichtlich der Bodenbearbeitung, der Aussaat und der Düngung müsse eine gewisse Harmonie herbeiführt werden. Darüber hinaus aber sei natürlich der Erfolg ebenso sehr abhängig von der Tüchtigkeit der Betriebsleitung. Wenn diese Faktoren alle zusammen in Einklang gebracht werden, dann werde es auch möglich sein, das deutsche Volk aus seiner eigenen Scholle heraus zu ernähren. Der Redner ging dann im besonderen auf den Wert der Tiefkultur ein und zeigte, wie diese am besten betrieben werden könnte. Er verband mit seinen Ausführungen wertvolle Hinweise auf die verschiedenen Bearbeitungsmethoden, vor allem des Pfluges, gab dann ein eingehendes Bild über die einzelnen Düngungsarten und über den Wert des Kunstdüngers in Bezug auf die verschiedenen Haferfrüchte und Getreidearten.

Jugendwohlfahrtstagung

des Jugendamtes des Bezirksverbandes der Amtshauptmannschaft Großenhain

wurde am Sonnabend von vormittags 10 Uhr ab im Saale des Sachsenhofes in Großenhain abgehalten. Zahlreich war die Einladung, welche geleistet worden. Außer den Bürgermeistern war eine große Zahl Lehrer, Fürsorge- und Pflegerinnen und sonstige in der Jugendwohlfahrt tätige Personen anwesend.

Herr Amtshauptmann Hellisch eröffnete den Jugendwohlfahrtstag mit Begrüßung der Anwesenden, dankte für das zahlreiche Erscheinen, der ein Beweis dafür sei, wieviel lebendige Kräfte im Bereich bereit seien, an dem schweren und doch so schönen Werk der Jugendarbeit mit zu helfen. Die Tagung soll die eigentliche Grundlage gemeinsamer Arbeit bilden. Soll das schwierige Werk gelingen, dann sei es vor allem notwendig, daß wir niemals nebeneinander oder gar gegeneinander, sondern miteinander auf das gleiche Ziel zu arbeiten. Die Wohlfahrtspflege im ganzen Deutschen Reich ist durch die Verordnung vom Februar 1924 auf eine neue Grundlage gestellt worden. Die wesentlichen Träger der gesamten Fürsorge und Wohlfahrtspflege sind die Bezirksverbände geworden. Die Verordnung macht den Verlust der Wohlfahrtspflege den Charakter des Almosenempfangs zu nehmen. Sie muß auf stützlichen Gründen so gestaltet werden, daß sie Wohlfahrtspflege im richtigen Sinne des Wortes sei, für die Armen und Bedürftigen zu sorgen, sei für die übrigen eine soziale Pflicht. Jedes Wohlfahrtsgesetz aber müßte illyrisch bleiben, wenn nicht dafür im Laufe Menschen vorhanden sind, den toten Buchstaben des Gesetzes Leben zu verleihen. Den Geist der Gemeindehaft zu pflegen, sei der Grundsatz, der die Amtshauptmannschaft mit ihrem Wohlfahrtausitus befehlt. Es ist selbstverständlich, daß wir daran festhalten und diesen Grundsatz auch den Helfern dienstbar machen wollen. Wir haben in unserem Bezirk auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege ein reiches Arbeitsfeld vor uns. Unter Verlust keinerlei mit an erster Stelle hinsichtlich der Säuglingssterblichkeit und der Tuberkulose. Es ist außerordentlich schwer, auf der einen Seite die gesetzlichen Leistungen zu erfüllen, auf der anderen Seite die Steuerkraft des eingetretenen nicht zu überspannen. Der Herr Amtshauptmann begrüßte darauf die beiden Herren Redner, die den Versammelten wertvolle Rücksichten darüber geben werden, wie unsere Jugend zu schützen sei.

Daraus nahm das Wort Herr Fürsorgearzt Dr. Herrmann, Dresden-Alt., zu seinem Vortrage über "Gesundheitsfürsorge für Säuglinge und Kleinkinder". Wie der Redner ausführte, leben wir in einer Zeit, in der im öffentlichen Leben die Wirtschaft die Hauptrolle spielt. Aber allmählich dringt doch die Erkenntnis durch, daß Sein oder Nichtsein eines Sohnes vom Menschen selbst abhängt, ist, daß man nicht nur Wirtschaftspolitik, sondern Menschenpolitik treiben müsse. Das deutsche Volk trat in den Krieg mit 500 000 Tuberkulosen, 100 000 Krüppeln usw. Also ungefähr eine Million Menschen waren geistig und körperlich minderwertig. Die Hälfte dieser Millionen hätten gefunden Menschen sein können, wenn ihnen rechtzeitig geholfen worden wäre. Der Krieg hat uns 1½ Millionen gesunde Menschen geflossen. Es gilt heute alle Kraft anzuspannen, wenn wir unser Volk wieder in die Höhe bringen wollen. Unsere Hauptarbeit müssen wir der Jugend zuwenden. Die Wohlfahrtspflege ist ein Lebendigmachen verkümmerter und verkrümmerter Kräfte im Menschen. Redner soll dann auf die Säuglingssterblichkeit an sprechen, deren Ursachen die Einwirkungen des Alkohols, der Geschlechtskrankheiten usw. sind. Die Säuglingssterblichkeit sei hier noch besonders hoch, von 100 Kindern sterben im ersten Jahre 30. Bayern und Sachsen seien die schlimmsten Gegenden, während in Schweden und Norwegen nur etwa 6 und Prozent Todessäume zu verzeichnen sind. Die einzige richtige Ernährung des Säuglings ist die Mutterbrust, bei Kleinkindern ist die Sterblichkeit 3mal so groß, als bei den Mutterbrust genährten Kindern. Dies erkennend, rietete man Mutterberatungsstellen ein, stellte Säuglingsschwestern an. Der Erfolg blieb nicht aus. In Charlottenburg ist die Sterblichkeit bereits auf 4 Prozent herabgesunken. Die ländliche Wohlfahrtspflege ist eine Grundbedingung für die Haltung und das Wiederemporkommen unseres Volkes. Die Schwierigkeiten der Säuglings- und Kleinkindfürsorge liegen in der großen Ausdehnung des Bezirkes und in den Verkehrsverhältnissen. Die ländliche Wohlfahrtspflege bedeute aber eine bittere Notwendigkeit. In der früheren Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt waren in der Wohlfahrtspflege 1 Fürsorgeamt und 4 Bezirkspflegerinnen tätig, 12–18000 Menschen sind an einem Unterbezirk zusammengefaßt. Jede Geburt werde der Bezirkspflegerin gemeldet, die dann die Wohlerinnerinnen besucht und dirigen die notwendigen Ratschläge erteilt in bezug auf Pflege, Ernährung, Reinhalterung des Kindes. Dann kam Redner auf die Errichtung von Mutterberatungsstellen zu sprechen. Bei uns werden jetzt 70 bis 75 Prozent der Kinder zu den Stunden gebracht, in Grimma oar 10 Prozent. Dresden-Neustadt

hat 16 Mutterberatungsstellen errichtet, die gesamte Amtshauptmannschaft Dresden 30 Stellen mit 9 Pflegerinnen. Die Stunden sind regelmäßig abzuhalten. Zur Erziehung zur Tüchtigkeit gibt man Stillbeihilfen, auch Lebensmittel werden verbilligt abgegeben. Auch Schwangeren werden Not gewährt. Weiter soll sich die Fürsorge auch für Kleinkinder bis zum 6. Jahre erstrecken. Die Wohnungsfrage spielt für die Gefunderhaltung unseres Volkes eine große Rolle. Zur Auflösung empfiehlt er die Abbildung von Schilderbildern, die Veranlassung von Mutterabenden, die Verteilung von Blauglättern usw. Es ist lebenswichtig, daß sich der anfängliche Widerstand gegen die Einrichtung von Mutterberatungsstellen stark vermindert hat, da die Erfolg sich aufzeigt treten. Die Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt hatte früher eine Säuglingssterblichkeit von 22 Prozent aufzuweisen, vor dem Kriege betrug sie 18 Prozent. 1923 war sie auf 9 Prozent herabgegangen und sie wurde voraussichtlich für das Jahr 1924 3 Prozent nicht übersteigen. Daß die Einrichtung von Mutterberatungsstellen notwendig ist, beweise, daß die Kindessterblichkeit von Bärensdorf, Borsigwalde, Neudorf nach der Amtshauptmannschaft Dresden in diese Stunden kommen. Redner schloß seine beherzigenswerten Ausführungen mit der Mahnung, nicht nachzulassen auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege für unsere Jugend, denn diese ist der Grund zum Wiederaufbau und zur Wiedergewinnung unseres Volkes.

(Schluß folgt.)

Die Aufnahmeprüfung.

110. Dresden. Dem Teluron-Sachsenland wird von Oberstudienrat Prof. Dingeldey geschrieben: Die Zeit des Übergangs unserer Jugend von der Volksschule zur höheren Schule läßt sich an durch die Einführung der leidigen „Aufnahmeprüfung“. Wochen, oft Monate unbehaglicher Stimmung in Haus und Schule geben voraus. Jedes Gespräch zwischen Vater und Mutter, mag es von den Butterreisen oder vom fälligen Frühjahrskurs ausgegangen sein, endet mit der bangen Frage: wird der Junge aufgenommen werden oder nicht. Unsel und Tanten trostet oder unsen dagegen. Der jugendliche Träger aller der Hoffnungen, Befürchtungen und Bürde gleicht in dieser Zeit einem Segelschiff, das den richtigen Kurs verloren hat. Die Fahrungsruhe ist befürchtungserregend — nicht selten bis zur Ration eines Erwachsenen — herabgesetzt; die Stimmung schwankt zwischen gesteigerten Befürchtungen und Zuständen tiefer Sicherheitsglück, in denen der Patient selbst eine Kreise beschreibt.

Am stärksten überträgt sich die Stife auf den beobachteten Vater, der für den beunruhigten Sohnling verantwortlich zeichnet. Erlebt man als Berufsteicher, daß in solchen Tagen das summervolle Vaterherz sich seufzend erschließt, so hört man in der Regel, daß der Junge ganz leidliche Begabung hat und auch entsprechend von seinem Lehrer bewertet wird, daß aber der Alptraum des „Exams“ auf dem Jungen lastet: die ganze wochenlang vorstrebende Zeremonie, die fremde Umgebung, die unbekannten Gesichter: kurz und gut, es besteht die schwere Befürchtung, daß der Junge „versagen“, also das, was er sonst recht und gern zugeinge bringt, in der Aufregung doppelt und dreifach „verpauen“ werde.

Die Frage scheint danach am Platz zu sein: ist der ganze feierliche Apparat der Aufnahmeprüfung tatsächlich nötig? Ist es überhaupt angebracht, mit einer so überaus ernsten Sache, wie einer Prüfung, schon an unsere neun- oder zehnjährigen Kerlchen heranzutreten? Ist die berühmte Auslese der Tüchtigen an dieser Stelle nicht einfacher, unanschaulicher, natürlicher möglich? Um es kurz vorweg zu sagen: es ist möglich, wenn die höhere Schule bei Auswahl ihrer Kinder ebenso der Volksschule überlässt, wie die Hochschule bei der Aufnahme ihrer Jünger an das Alter der höheren Schule gebunden ist. Es bieten sich folgende Gründe, die den Vorschlag unterstützen:

1. Daß die jetzige Aufnahmeprüfung in allen Fällen zu unsicheren Ergebnissen führt, ist zwar nicht zu behaupten, wohl aber, daß sie bis zu gut einem Drittel oder gar einem Drittel unrichtig ist. Hieran werden auch alle noch so beispielhaft veranstalteten „Prüfungen“ nichts ändern, deren Wert ohnehin nicht wenige Pädagogen — auch auf die Gefahr, für rückständig zu gelten — stark in Zweifel ziehen.immer und immer wieder muß gewarnt werden, den Menschen das „Schülermaterial“, wie man so ungemein charakteristisch zu sagen pflegt, als Maschine aufzufassen, die man im Raum nach Belieben laufen lassen und bis zur letzten Komponente beobachten kann; es geht nicht, und es wird niemals geben, weil zum Menschen untreinbar gehört, was der feinfühlenden und verständigsten Macht abgeht: Geist und Stimmung. Demenzigen scheidet das Moment der Belangenheit für die junge Seele vollkommen aus, wenn der gewohnte und vertraute Lehrer die Eignungsprüfung unauflässig aller Zusätzlicheitern betreibt.

2. Die jetzige Aufnahmeprüfung bedeutet für die höhere Schule wie für die Volksschule Tage des Hassens, der Überstürzung und der Unterbrechung des gleichmäßigen Gangs. Das alles fällt weg, wenn im Verlehrungszeugnis nach dem 3. oder 4. Jahre der Volksschule den geeigneten Schülern die erlangte Beschriftung zum Eintritt in die höhere Schule befunder wird, gleichviel ob sie den Übertritt beabsichtigen oder nicht. Alle Einmände, die gegen die Ermächtigung der Volksschule zur Erteilung der Aufnahmevereinfachung angeführt werden können, besonders der einer Bescheidenheit der Anforderungen an den einzelnen Schülern, gelten in gleichem Maße auch für das jeweilige Verfahren. In Sachen würde es Aufgabe der Bezirksstuhlinstitutionen sein, zur Sicherheitszwecke Sorge zu tragen.

3. Der Vereinheitlichkeit auf den Volksschulen kann ein abschließendes Urteil über die Fähigkeit ihrer Schüler zum Eintritt in die höhere Schule auf die Dauer schwerlich abgebrochen werden. Schon jetzt mehren sich die Fälle, in denen bei Aufnahmeprüfungen an den höheren Schulen die Beförderlehrer in mehr oder weniger weitem Umfang herangezogen werden. Das aber auch dieser Beförderungsstand zu Unstimmigkeiten führen kann und wohl schon geführt hat, liegt auf der Hand.

Wege zur Einigung der Kirchen.

*** Dresden.** Landeskirchhof Dr. Ihmels sprach am Freitag abend innerhalb der Allgemeinen Evangelisch-Lutherischen Konferenz über die Einheitsbestrebungen der Kirchen in der Gegenwart. — Die Zeit, in der wir leben, ist eine zerrissene Zeit; in der Weltwelt dranen und in einem Gott berichtet. Einheitlichkeit. Wunderbar ist es, wie gerade in dieser Zeit der Herr die Schrift gezeigt hat und in immer mehrere hinein noch weit, daß alle eins werden müssen. Der Kirchentag in Dresden, nach dem Kriege, war ein Schritt zur Einigung auf heimischem Boden und im engen Kreis, zur Lösung praktischer Fragen. Aber die ganze Welt wird überwältigt von drei Ver suchen, die im

gleichen Stunde der Einigung unternommen worden sind. Am weitesten steht sich die Konferenz für Glauben und Berufung das Ziel. Ihr scheint eine Einigung aller Christen möglich, unter Überwindung dessen, was sie jetzt noch in Konfessionen zerstört. Gewiss ein Gedanke, der im christlichen Geiste wurtelt, aber er muistet bei seiner Geschichtlichkeit wie eine Illusion an. Dr. Ihmels erörterte mit erster Sachlichkeit die Frage, wie eine Einigung zwischen Lutheranern und Baptisten (Erwachsenenstaufe) zu bewirken sein möchte. Man wisse ja nicht, ob sich die Kinderstaufe unterblieblos werde halten lassen. Doch eben diese Frage zeigte, daß der Gegensatz viel tiefer als in der bloßen Regelung des her vorstretenden Streitpunktes liege und letzten Endes ganz unüberbrückbar sei.

Naum erfahrbare stellt sich auch der Einigungsversuch dar, den Erzbischof Söderblom (evang.) mit seiner Konferenz für Leben und Wirkeln der Kirche unternimmt. Hier spricht es zwar an, daß von vornherein die völlige Einheitlichkeit im Glauben und Fühlen ungefordert bleibt; nur das soll gelungen werden, eine Sammlung der verschiedenen Richtungen von praktischen Anliegen, insbesondere auf sozialem Gebiete, zu erzielen. Aber Dr. Ihmels sprach seine Beschränkung aus, daß die angenommene Gemeinsamkeit in der sozialen Einstellung nicht vorhanden sein, und zwar aus Glaubensverschiedenheiten nicht vorhanden sein möchte. Er verwies auf das Bedürfnis, wenn auf der kommenden Tagung in Stockholm die Frage der Pfarrerbezeichnungen erörtert werden sollte. Immerhin sei Söderbloms Streben groß und könne wohl reichen Segen gewinnen.

Die dritte Bewegung innerhalb der Kirche geht nur auf Einigung der Lutheraner hinaus. Daraan arbeitet die Allgemeine Evangelisch-Lutherische Konferenz seit 1888. Und sie hat in ihrem Drängen über Deutschland hinaus überzeugende Leistungen gezeigt, am überzeugendsten die Tagung 1911 in Uppsala, wo die Lutheraner des Baltikums und Scandinaviens, Amerikas, Frankreichs und Deutschlands vereinigt waren, eine Verlängerung des großen Gedankens der einen heiligen christlichen Kirche. Neben der Konferenz ist der Lutherische Weltkongress getreten, der auf amerikanische Anregung in Eisenach tagte und der wiederum einen Höhepunkt in der Geschichte des Lutherismus darstellte. Dr. Ihmels sprach von dem bewegenden Eindruck des Scheideabends, als das Lichtkreuz der Wartburg im nächtlichen Himmel stand und er selbst den Versammelten die Wahrung zürzte, daß sie alle verbünden bleiben möchten in der Wallfahrt zu diesem Kreuz. Die Lutherische Konferenz wird im September eine Tagung in Oslo (Christiania) haben; viele Ausgaben liegen darin beschlossen: auch der Gedanke an einen Romf — sei es gegen Rom — wenn er aufgesungen werden sollte; auch der Gedanke an die Einigung in dem, was zuletzt alles Glaubenslieben einfassen muß: der Kirche.

Die Bedeutung der Leipziger Messe.

Leipzig. Der Reichspräsident hat sich vor kurzem in einem Schreiben an den sächsischen Ministerpräsidenten über die Wienereripplierung geäußert. Die Stellungnahme des Reichspräsidenten ist in vollem Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsministerium erfolgt. In dem Schreiben heißt es u. a.: Die Reichsregierung steht auf dem Standpunkt, daß der Leipziger Messe eine besondere Bedeutung zukommt, die im Interesse der deutschen Wirtschaft durchaus zu erhalten ist. Die politische Lage der letzten Jahre gab Anlaß, auch neu auftretende Messen von Rechts wegen zu fordern, aber es ist anzutreten, daß diese zu der Hauptmesse in Leipzig in ein gehendes Verhältnis der Arbeitsteilung und Arbeitsgemeinschaft treten, was nach der bisherigen Entwicklung auch insofern durchaus möglich erscheint, als die meisten dieser neuen Messen bereits nach ihrer Aufgabe und ihrem Mache besonderen Charakter gewinnen. Der Herr Reichswirtschaftsminister bestätigt, gemeinsam mit dem Auswärtigen Amt demnächst die deutschen Messeleitungen zu einer Befreiung zu vereinigen. Hierbei würde erörtert werden, wie man gegenseitig auseinander in Beiwahl und anderen Punkten Rückstot nimmt. Ich neugeern an, daß solche Vereinbarungen der Stellung der Leipziger Messe durchaus gerecht werden und beitreten, das deutsche Wirtschaftsleben und unsern Außenhandel zu fördern.

Politische Tagesübersicht.

Keine Rückkehr Kerenkis nach Sowjetrußland. Vor einigen Tagen war gemeldet worden, daß der frühere russische Ministerpräsident Kerenki, der im November 1917 durch die Bolschewiken gestürzt worden war und nach London flüchten mußte, von der Sowjetregierung die Erlaubnis erhalten habe, nach Russland zurückzufahren. Diese Meldung hatte in Berlin ungeborenes Aufsehen hervorgerufen, da man daraus entnehmen zu können glaubte, daß Kerenki im Auftrage der Entente wichtige Verhandlungen mit der Sowjetregierung zu führen hätte. Wie wir jedoch von der sowjetrussischen Botschaft in Berlin erfahren, besteht die Sowjetregierung nicht daran, Kerenki die Rückkehr nach Russland zu gestatten. Für Deutschland ist diese Tatsache insofern von besonderem Interesse, weil Kerenki zu denjenigen russischen Politikern gehört, die einen engen Anschluß Russlands an die Ententeemäkte erstreben.

Schulungswoche gegen die Kriegsschuldfrage. In Dortmund beginnt am 27. Januar die große Schulungswoche zur Bekämpfung der Schuldenfrage, auf der u. a. sprechen werden Prof. Lohmann über die Bedeutung und Behandlung der Kriegsschuldfrage, Dr. Raab über bisherige wirtschaftliche Verluste und Belastungen Deutschlands nach dem Verfaßter Diktat, Reichstagabg. Frau Clara Wende über die Frauen der Kriegs- und Nachkriegszeit, Dr. Wolff-Münch über die geräuberten Kolonien, Freiin Dr. v. Waller über die Folgen des Friedensvertrages auf die Volksgesundheit, Dr. Rose Kempf und Freiin Dr. v. Hartling über den Kampf um den deutschen Rhein und französische Separatistenpolitik, Landtagsabg. Frau Dönhoff über die Frauen im Kriegskampf, Dr. Krieg über Versailles und Deutschlands Stellung in der Weltpolitik, Frau Kallähne-Danzig über den Kampf um das Deutschland im Osten und Reichstagabg. Dr. Kuhnenkampf über das Sachverständigen-Gutachten und das Londoner Abkommen.

Festigung der spanischen Diktatur? Die im wesentlichen von Paris aus betriebene Wahlarbeit gegen die gegenwärtige Herrschaftsform in Spanien und ihren Vertreter Primo de Rivera scheint doch nicht den Erfolg gehabt zu haben, den sich die Drähzieher und die eifrigsten Verfolger der Weltspree mit alarmierenden Nachrichten versprochen haben. Der Diktator hat in Madrid in öffentlicher Versammlung offen zu zeigen, daß abgesehen von der Reduzierung des Defizits, die Diktatur ihre Ziele noch nicht erreicht habe, daß sie aber garnicht mehr daran denke, auf ihre politische Gegner Rücksicht zu nehmen. Am weitesten scheint der Bewegung gegen die Diktatur die verlogene und verächtliche Haltung gegen den König geschadet zu haben. Gestern ist König Alfonso so gefeiert worden, wie jüngst an seinem Geburtstag.

Wahlhandlung deutscher Abgeordneter in Jugoslawien. Mehrere Blätter melden aus Belgrad, daß der Abgeordnete und Obmann der Partei der südostslavischen Deutschen, Dr. Kraft, sowie die Abgeordneten Graf und Heral in Novi Sad, wo sie im Auto eingetroffen waren, von Mitgliedern der jugoslawischen Organisation der Radikalen Partei Granits an-

gegriffen und mit Stöcken blutig geschlagen worden sind. Dr. Kraft wurde am Kopfe schwer verwundet. Wie man in oppositionellen Kreisen behauptet, sollen seine Verwundungen lebensgefährlich sein. Die beiden anderen deutschen Abgeordneten erlitten leichte Verletzungen. Der Abgeordnete der deutschen Partei, Dr. Teuber, richtete einen scharfen Protest wegen des Überfalls an den südostslavischen Innensenator.

Eine Annahme der Botschafterkonferenz. Radio meldet aus London: Die Botschafterkonferenz hat Deutschland mitgeteilt, daß unverzüglich Sanktionen ergreifen würden, wenn die Firma Krupp nicht sofort ein der argentinischen Regierung unterbreites Angebot in Damaskus für Torpedobootsbauer ausdrücklich. Die Botschafterkonferenz erhielt in dem Antrag eine Verleihung des Verfolgervertrages, nach dem Deutschland ohne Rückfrage der Verbündeten sein Recht zur Herstellung von Kriegsmaterial besitzt. Weiter meldet Radio, daß die argentinische Regierung das Angebot der Firma Krupp schon angenommen habe.

Das Reich und das bayerische Konföderat. Wie wir hören, wird die Reichsregierung nach der Ratifizierung des bayerischen Konföderats einige Rückfragen an die Münchener Regierung richten, die sich hauptsächlich darauf beziehen, wie die bayerische Regierung bei der praktischen Durchführung zu verfahren gedenkt, und welche Maßnahmen sich daraus für das Reich bei einer Lösung der Frage des Reichsschulgesetzes ergeben könnten. Es ist selbstverständlich, daß an einer Einsetzung des Reiches gegen das bayrische Konföderat nicht zu denken ist.

Der frühere Reichslandsabgeordnete Thiele gekrönt. Wie der "Vorwärts" mitteilt, ist der frühere Landtagsabgeordnete Adolf Thiele vor Vorhaben des Centralverbandes der Arbeiter und Rentner. Der oberösterreichische Provinziallandtag ist gestern zum ersten Mal zu einer öffentlichen Sitzung zusammengetreten. Diese erste Sitzung erklärte sich an einer bemerkenswerten Ausgebung gegen die Nichträumung der Kölner Zone. Es wurde eine Resolution angenommen, in der es heißt: Die Nichträumung der Kölner Zone zum 10. Januar 1925 ist ein neuer Reichsbruch gegenüber dem entwaffneten und wehrlohen Deutschland. Wir Oberösterreicher wissen, was es heißt, daß noch fremder Besatzung zu tragen. Wir erheben gegen die Nichträumung der Kölner Zone schärfsten Protest und erwarten von der Reichsregierung, daß sie alles aufbiete, um unsere Brüder und Schwestern am Rhein von der Fremdherrschaft zu befreien. — Die Beratung der zahlreichen Vorläufen wird der Sonntag erst heute beginnen.

Deutschlands Rändische Überwachung gefordert. "Petit Journal" lenkt die Aufmerksamkeit auf das Sicherungsproblem und geht davon aus, daß Frankreich sämtliche Warnungen seit 1890 in den Wind geschlagen habe. Das Blatt betont nachdrücklich die Notwendigkeit einer ständigen und scharfen Überwachung Deutschlands.

Abschluß der Militärkontrolle in Österreich. Die internationalisierte Militärkontrolle ist in Österreich beendet worden.

Anmiete für Bergleute. Im November 1924 wurde auf Reiche Steinkohle der von der Bergbauaufsicht beschlagnahmte Kohlenvorrat von Bergleuten verändert, die ihre Deputationskohle holen wollten. Das Schöffengericht in Oberhausen sprach die Angestellten deshalb frei, weil es sich um ein Verbrechen politischer Natur handelt, das unter die Donnerklausur falle.

Münchweiler von den Sanktionen befreit. Die von der Besetzungsbehörde seit dem 15. Januar über Münchweiler verhängten Sanktionen, gegen die der Gemeinderat bei allen Instanzen der Rheinlandkommission Beschwerde geführt hat, wurde heute aufgehoben. Die französische Strafbesetzung ist gestern mittag 1 Uhr abgerückt.

Zöllerverhandlungen im Saarbergbau. Am Mittwoch werden in Paris Zöllerverhandlungen zwischen den Bergarbeitervertretern und der Verwaltung der Saargruben stattfinden.

Der Kreuzer "Berlin" ist am 25. Januar in Havanna eingetroffen.

Von den Kämpfen in Marocco.

Über die Kämpfe in Marocco erzählt ein dänischer Afrikareisender, welcher der französischen Fremdenlegion einen Besuch abstattete: Wir reisten aus dem Lager: Späts voran und hinterher, bei einem Ritt von ungefähr 40 Kilometern. In der klaren Luft sieht es aus, als ob die äußersten Forts, wo täglich gekämpft wird, nur drei bis vier Kilometer entfernt seien. Die mächtigen Felsen der Atlasberge mit dem ewigen Schnee auf dem Gipfel scheinen drohend nahe zu liegen. Von der Bergseite sieht man Rauchäulen in die Luft steigen. Da liegt der Feind, der hinaufkriegt. Stil geht es vorwärts. Da plötzlich unterbricht ein Geschütz die Stille. Es folgt ein schneidendes Geschrei und wieder ein Geschütz. Es dröhnt von Berg zu Berg, und die Stelle, wo die Bomben fallen, ist in eine Wolke von Rauch eingehüllt. Jetzt fangen die Maschinengewehre an zu spielen. Fauchend sprudeln sie ihre Augen aus, und als ich frage, was los ist, antwortet man leicht: "Es wird an irgendeiner Stelle angegriffen. Das passiert jeden Tag." Bald darauf reiten wir über ein Hügelchen. Gut Zeit ist es herbst; und es ist ein kleiner, halbdrohner Bach, der dahin murmt. Auf der anderen Seite befindet sich eine Talmulde, und in dieser Mulde ereignete sich vor einem Jahr eine Begegnung die beweist, daß der kleine Bach nicht immer ganz friedlich und gefahrlos ist, wie es den Anschein hat. Es hatte mehrere Tage hindurch im Atlasgebirge geregnet. Man war auf dem Wege nach der äußersten Stellung mit Proviant und etwa 200 Mann Truppen. Der Abend kam heran, und man schlug das Lager in der Talmulde auf, die wir jetzt passierten. Da ereignete sich das Durchstoßen. Der Bach schwoll an. Eine meterhohe Welle kam brausend von den Atlasbergen, alles mit sich reißend. Trost, Menschen und Pferde wurden mitgerissen, und es waren nur ganz wenige von der Kolonne, die den Aufgang der Sonne am nächsten Tage sahen. Nicht allein gegen Menschen muß die Fremdenlegion kämpfen, auch die Natur ist barbarisch und wild. Nach einem Ritt von einer Stunde kommen wir durch eine Schlucht. Wenn man nachsuchen würde, könnte man hier viele Menschenköchen finden, die von Löwen weiß gefressen sind. Dies ist die gefährlichste Stelle auf dem ganzen Wege, und beinahe jedesmal, wenn eine Kolonne vorbeigekommen ist, hat ein Feuerüberfall stattgefunden. Die Offiziere haben ihre roten und blauen Mützen gegen die gewöhnlichen Khakimützen vertauscht; denn die Araber schließen zuerst auf Offiziere. Steil abwärts geht es. Die Pferde schnauben und leuchten, und schwer wird es ihnen, sich auf der Bergseite fortzubewegen, die mit kleinem Baumgestrüpp bewachsen sind und mit großen Steinen angefüllt ist. Diesmal geht es gut. Ich bekomme keine Gelegenheit, einen Angriff beizustehen. Wir sind bei der äußersten Stellung: der kleine härtige Offizier empfängt uns lächelnd. Mein Begleiter, der dänische Krieger läuft lächelnd mit ins Ohr: "Ich weiß, daß er nie lebend von hier kommt." Und richtig — eine Woche später fällt er durch eine arabische Kugel. Diese Stellung ist gefährlich. Es gibt keinen Offizier, der länger als drei Monate dort war. — Wir kommen innerhalb der Schießmauer an, und das Mittagessen wird angerichtet. Das Jazzband-Orchester des Forts tritt an. Es ist das primi-tivste Jazzband-Orchester, das ich im Leben gesehen habe.

Eine Wölfinode und eine Wolfslöwe sind die komischen Musikinstrumente, eine Kindertrompete und eine Geige sind das Orchester teinerer Teil. Während ein lebhafter Rumäne, angelockt von der Muße, rund stampft, spielen wir in Begleitung der Töne des Orchesters und des monotonen Tadens der Nachnengemeinde. Es wird übend. Aus dem Hain mit den Johannesbeerdäumen steigt ein wildes Geul von Jägern gegen den schwarzen Dimmel, wo die scharfe Sichel des Halbmondes steht.

Zu den Erklärungen des deutschen Reichslandlers.

Kondon (Frankreich). Zu der Erklärung des Reichslandlers Dr. Dutier bei der getragenen Übereinkunft der Alliierten-Koalition schreibt Times in einem Petitteil: Jedermann möchte, daß der Zustand der Ungewissheit beseitigt werde. Der Bericht der Kontrollkommission, auf dem das Argument für die Veränderung der Besetzung Königs beruht, müßte mit peinlichster Sorgfalt ausgearbeitet werden. Im Interesse des Friedens Europas müßte die öffentliche Meinung über diese äußerst wichtige Frage sehr eingehend unterrichtet werden. Der bemerkenswerte Vorschlag für einen Sicherheitspakt zwischen Deutschland und Frankreich, der im Organ der Zentralpartei, der "Germania", erschienen sei, habe nicht geboten, die wachsende Bedrohung zu beabsichtigen, daß Deutschland nicht abgerüstet habe. Dem Vorschlag werde daher in Frankreich sehr wenig Bedeutung beigemessen. Deutschland habe oft Andeutungen ergeben lassen, daß es bereit wäre, einen allgemeinen Pakt für die Sicherheit der Westküste zu erwägen, aber nicht für die der Ostküste des Reiches. Auch der Plan der "Germania" erwähne diese Grenze nicht und es sei für ähnlich, daß keine französische Regierung Vorschläge erwägen würde, die nicht deutlich die Aufrechterhaltung der Friedensregelung mit Polen und anderen wiederherstellten Oststaaten ebenso wie am Rhein vorstellt. Der Ernst, mit dem das deutsche Blatt darauf besteht, daß der Pakt zwischen Deutschland und Frankreich allein abgeschlossen werden müsse, ohne daß das Zwischenkommen von Vermittlern und insbesondere ohne, daß Zwischenkommen Großbritanniens, sei, wie Times mit Genugtuung annimmt, nicht dazu angebracht, ihn in den Augen patriotischer Franzosen zu empfehlen. Es beständen wirklich keinerlei Gründe zur Erregung oder Hoffnung in dieser Frage der Sicherheit. Da der Friede in Westeuropa in den nächsten Jahren nicht ernstlich bedroht sei, habe man Zeit für die Prüfung von Maßnahmen für die Gewährleistung des Friedens. — Der französische Vertreter des "Daily Telegraph", Bertinax, meldet aus Paris, dort werde dem Vorschlag, einen Garantievertrag für die französische Sicherheit abzuschließen, an dem Deutschland teilnehmen werde, großer Aufmerksamkeit geschenkt. Man sei der Ansicht, daß ein Schrift der deutschen Regierung in dieser Richtung bald erwartet werden könne. Der geplante Pakt würde ein Dreiländerabkommen zwischen Frankreich, Großbritannien und Deutschland sein.

Schwere Wirtschaftskrise im Saargebiet.

Das saarländische Wirtschaftsleben steht am Anfang einer schweren Krise, die durch die Ungewissheit über die endgültige Regelung der Rollfrage verursacht ist. Der ganze Widerstand der Bestimmungen des Verfolgerpaktats, die den 10. Januar 1925 für die völlige Einverleibung des Saargebiets in das französische Rollamt vorliegen, spiegelt sich am deutlichsten in folgenden Tatsachen wider: Das Saargebiet wird ohne jede Veräußerung wirtschaftlicher Vernunftgründe und entgegen den Gesetzen seiner wirtschaftlichen Entwicklung, die das gesamte Wirtschaftsleben nach Osten band, von seinem natürlichen Absatzgebiet, dem Deutschen Reich, getrennt. Der französische Markt bietet aber an und für sich feinerlei Erfolg für die verlorene Kundshaft, und dazu treiben die französischen Wirtschaftsverbände einen skrupellosen Kampf gegen die Aufnahme von saarländischen Erzeugnissen auf den französischen Markt. Schon hieraus ersieht man, wie dunkel die Zukunft der Saarwirtschaft ist, deren Erzeugnisse bisher zu 75 v. H. nach Deutschland gegangen sind. Wo werden nun nach der Aufrichtung der Rollstrasse die saarländischen Erzeugnisse untergebracht werden? Nach Deutschland verbieten die hohen Zölle, die eine Konkurrenz unmöglich machen. Im Saargebiet selbst ist kein Bedarf zu deden. Bleibt also nur noch die Ausfuhr nach Frankreich. Frankreich selbst verdeckt sich aber der Saar-Produktion. Es verfolgt im Saargebiet in erster Linie sein politisches Ziel, das Land zu annektieren, dabei aber in beträchtlichem Maße auch wirtschaftliche Vorteile, die in der Belebung mit französischen Artikeln und dem wirtschaftlichen Raubbau an den Gruben genügend gesetzeswidrig sind. Daneben ist die saarländische Industrie die direkte Konkurrenz der französischen Hüttenindustrie in Lothringen. Sie kämpft selbst um den Gewinn innerfranzösischer Kundshaft, so daß durch das Hinzutreten der Saar-Industrie in diesem Kampf die Aussichten für beide Teile außerordentlich gefährdet werden. Die Saar-Industrie muß dabei natürlichwendig unterliegen, weil für sie die Produktionskosten höher sind und dazu bereits jetzt die lothringischen Werke, um sich der Abfall zu sichern, mit verart billigen Offeren aufzuhalten, daß die Saar-Industrie nicht Schritt halten kann. Im Frankreich besteht in einem ganz beschränkten Ausmaße der saarländischen Hüttenindustrie, seit den Abfall von Stahl und Eisen schlechthin kommt der französische Markt über jedenfalls nicht in Betracht.

Von der Löschung der Absatzfrage hängt, wie schon gesagt, die Aufrechterhaltung des gesamten Produktionsbetriebes und die weitere Beschäftigung ausschlaggebender Teile der Saarbevölkerung ab. Die Arbeitgeber haben bereits in einem öffentlichen Schreiben darauf hingewiesen, daß die Arbeit und Angestellten sich darauf gefaßt machen müssen, daß viele Betriebe stark einschränken oder ganz schließen. So führt der machtvollste Wahn von Verfall zu einem namenlosen Elend, das noch erhöht wird durch die Drangsalierungsmassnahmen der profranzösischen Regierungskommission des Saargebiets.

Die Saar-Regierung hat eine Reihe von Steuergesetzen vorlagen dem saarländischen Schenksparlament zur Begutachtung vorgelegt, die ungefähr den Grundsätzen basieren, wonach man einer ausgesogenen und gebeutelten Bevölkerung an indirekten Steuern aufladen kann. Die französischen Machthaber im Saargebiet verfolgen offenkundig damit nur den Zweck, die Bevölkerung an Unvorlebigkeiten zu reizen, sie aufzutadeln, ihre Unzufriedenheit nach außen hin in Form von Streiks und Unruhen kund zu tun, um damit noch die Notwendigkeit der Anwesenheit des französischen Militärs beweisen zu können. Auf der einen Seite bestreitet man der Bevölkerung die Arbeitsmöglichkeit, indem man die Industrie zerstört, und auf der anderen Seite verlangt man von ihr erhöhte Abgaben. Umso mehr ist die Frage berechtigt, wie die Völkerbundsräte im Saargebiet zu dieser Neuerung des ihnen anvertrauten Landes schweigen können. Der Grund liegt darin, daß die Saar-Regierung sich als die berufene Schäferin der französischen Interessen

anliegt, und doch lie ein willensloses Werkzeug in der Hand der französischen Propaganda ist.

Das Saargebiet steht vor den schwersten Friedensverhandlungen. Das deutsche Volk vertraut auf den noblen Willen des saarländischen Deutschen, der sich sicher auch der neuen Unterdrückungsvereine gewachsen zeigen wird.

Brief aus Polen.

Wien, den 23. 1. 25.
Es verlobt sich schon, gewisse Ereignisse in Polen um die Jahreswende 1924/1925 rücksichtend etwas genauer zu betrachten.

Da ist zuerst eine Sitzung des Sejm erwähnenswert mit einer Anwerbaktion an den Kultus- und Kriegsminister. Es ist nichts Neues mehr, doch uns unsere "ehemaligen" Freunde ringum dauernder Kriegsrüttungen zeihen. Unter diesen Stimmen zeichnet sich Polen nicht gerade durch ein besonderes pianissimo aus. Umso protestierter wird es, wenn wir durch ein Sejm-Sitzung öffentlich bestätigt finden, was uns so schon lange kein Geheimnis ist, doch man in Polen unter der Firma "Kortbildungsschule" eine ganz reguläre militärische Reserve ausbildet. Überschrift: Deutschland rüstet zum Krieg.

Ein anderes Bild: Am Jahre 1875 stiftete in Bromberg eine deutsche Frau namens Giese geb. Ratzlaffi testamentarisch die "Evangelische Diaconissenanstalt Giese-Ratzlaffi-Stiftung". Am Jahre 1885 wurde dieses Krankenhaus eingeweiht und hat seitdem aus eigenen Mitteln ohne irgend welche Städtische Unterstützung bestanden. Das Statut der Anstalt besagt, daß der Vorstand des Vorstandes ein evangelischer Stadtrat sein soll, und daß der Vorstand sich aus 6 evangelischen männlichen und 8 evangelischen weiblichen Personen zusammensetzen muß. Schließlich ist noch bestimmt, daß evangelische Diaconissen die Krankenpflege ausüben sollen. Dieser Charakter hat das Institut auch bis zum Jahre 1923 beobachtet. Am Jahre 1923/24 ging man aber dann zu einer radikalen Erlebung evangelisch-deutscher Vorstandsmitglieder durch katholisch-polnische über.

Dieses Verfahren verstößt gegen den Willen der Erblasserin und gegen das von der vorgesetzten Behörde genehmigte Statut. Zum 1. Januar d. J. hat man nun auch dem leitenden Arzt der Chirurgischen Abteilung, Herrn Dr. Stummel, gefündigt, und zwar ohne Angabe von Gründen. Er wurde erlegt durch den katholisch-polnischen Arzt, Herrn Dr. Wornitski. Alle Anfragen im Stadtparlament und alle Proteste der Kirchengemeinde bei der Wojewodschaft in Polen blieben erfollos und unbeantwortet.

Ob das die praktische Anwendung der vielgespielten Verhöhnungs politik. Wir wissen nicht, an welcher Stelle eine so prontizierter politische Tendenz weniger angebracht ist als in einem Krankenhaus, wo Wunden geheilt und nicht geschlagen werden sollen.

Und nun die polnischen Gerichte. Ein unerhörtes Urteil hat das Bezirksgericht in Stargard gegen den Schriftleiter des "Pommerscher Tageblatt". Herrn Max Abramowski, gefällt. Die Anklage richtete sich gegen die Veröffentlichung des Gedichts "Feuerdruck" von Heinrich Guillet, zu dem Landrat a. D. Raumann die Vertonung geschrieben hatte mit der Widmung: "Für seine lieben deutschen Volksgenossen in Polen". Das Gedicht lautet, wie folgt:

Was dich auch bedrohe,
Eine heilige Rose
gibt dir Sonnenkraft!
Doch dich nicht immer knechten,
Doch dich nicht entreden;
Gott gibt dem Gerechten
Wohre Selbenschafft.
Was auch immer werde,
Steh zur Heimatredel
Bleibe wurzelstarf!
Römpfe, blute, werbe
Für dein höchstes Erbel!
Siehe oder Sterbe:
Deutsch sei bis ins Mark!

Dieses Gedicht mit seiner Widmung hat anscheinend den Bestand des polnischen Staates so gefährdet, daß man den verantwortlichen Redakteur grammatisch wegen Aufreizung zu Gewalttätsigkeiten und Verächtlichmachung von Staats-

einrichtungen anklage. Das Gericht bestrafte den Redakteur dann wegen Verübung groben Unfugs mit 150 Gulden Geldstrafe. Für die Forderung, den im Konkurrenz Deutschlandsburg verurteilten Alfred Scher nach Monatiger Untersuchungshaft freizulassen, wurde derselbe Redakteur zu 10 Tagen Gefängnis verurteilt. Die gleiche Strafe wurde für den Abspruch eines Urteils des schwedischen Obersten of Veteren aus der "Deutschen Allgemeinen Zeitung" über Kinderrechtenpolitik verhängt. Die drei Strafen wurden zusammengefaßt in 14 Tagen Gefängnis und 150 Gulden Geldstrafe.

Wir fragen noch einmal: Glaubt Polen damit die Herzen der deutschen Minderheiten zu gewinnen und wie stellt sich die Deutsche Regierung zu derartigen Vorkommnissen?

Vermischtes.

Belegnommener Mörder. Die Kriminalpolizei hat den Mörder der Frau Smuda aus der Elisabethstr. in Berlin festgenommen. Es ist der in Verbrecherkreisen unter dem Namen "Der polnische Anton" bekannte 37 Jahre alte, aus dem Elsass stammende Schlosser Anton Griebel. Der Täter hat ein umfangreiches Geständnis abgelegt.

Zur Explosion auf der Schachtanlage Hannibal. Das preußische Oberbergamt in Dortmund teilt mit: Über die Explosion auf der Schachtanlage Hannibal I werden zum Teil ungenaue Nachrichten verbreitet. Es steht zur Zeit folgendes fest: An der Explosion sind Schlagwetter und Kohlenstaub beteiligt gewesen. Ihr Weg ist aus dem achtzigstöckigen Absteigungsquerschlag durch die Grundstrecke in Höhle 26 bis zu einem am Querschlag stehenden Ueberbau zurückzuverfolgen, das zur Zeit des Unglücks eine Höhe von 200 Meter hatte. Vermutlich hat die Explosion ihren Ausgangspunkt an diesem Aufbau gehabt. Die Entzündungursache ist noch ungeklärt, da reichliche Schlagwetteransammlungen das Vordringen in den Aufbau erschweren. Am Opfer sind 7 Männer zu beklagen, sie müssen im Augenblick der Explosion getötet worden sein. Die Wucht der Explosion ist durch die zur Sicherung des Aufbaus eingerichteten Betonbauteile verhindert geblieben und dann vernichtet worden. Die Wirkung des zum Schuß gezogenen Weitergreifens von Explosionsniederungen angewandten Verfahrens hat sich auch in diesem Halle wieder einwandfrei erwiesen. Die übrigen Grubenhäuse sind nicht gefährdet.

Die Hungerkur des Jockes. Beim Joden sieht bekanntlich das Körpergewicht die wichtigste Rolle. Ein paar Kilogramm zuviel und die schwache Laufbahn ist zu Ende. Deshalb ist die Erhaltung des richtigen Körpergewichts eine ständige Sorge des Jockes, um derselbigen allerlei oszillante Übungen und grausame Entwicklungen auszulegen. Alles unnötige Bett muss herunter. Wenn andere Sterbliche im Schweife ihres Angesichts ihr Brot verdorben, so schwört der Jockey bereits, bevor er überhaupt seine eigentliche Berufstätigkeit auf der Rennbahn beginnt. Energische Schwibänder, die ihn bei einer einzigen Kur oft um mehrere Pfund erleichtern, sind für seine Ausbildung unerlässlich. Eiserne Abkürzungen nach ausdrücklicher Höhe hörten ihn an und verleiteten seinem Körper jene stählernen Elastizität und Ausdauer, die er unbedingt braucht, wenn er in seinem Beruf vorwärts kommt will. Andere Jockes legen das Hauptgewicht auf richtige Diät und rationelle Pflege der Körperfähte. Das Ideal eines Jockes schlägt zu bleiben und nie mit einem einzigen Gramm Übergewicht das Pferd zu bestreiten, läßt sich eigentlich nur durch eine Art ständiger Hungerkur erreichen.

Die Kleine ist jedem gefällig, jedem unentbehrlich. Sie verkauft Güter und Güter, sie vermietet und vermittelt Wohnungen, sie verarbeitet Stellungen, sie versorgt den Arbeitgeber mit Personal, sie räumt Salons und Dachkammern aus und bringt Geld dafür. Überzeugt sich jeder von den vorzüglichen Dienstleistungen dieser Allerweltshelferin und bestelle im Bedarfsfälle beim "Kleinen Tageblatt" eine kleine **Anzeige**

Der Bräutigam, der seine Braut in London fand. Eine Hochzeit ereigte lärmlich in der englischen Stadt Newmouth so großes Aufsehen, daß dichte Scharen in die Kirche drängten und die größte Unruhe herrschte. Der Geistliche mußte dreimal um Ruhe bitten, bevor er die Trauung vollziehen konnte. Die Menge, die sich vor der Kirche staut, hemmte längere Zeit jeden Verkehr. Die Anziehungskraft übte ein überaus kleines Brautpaar aus. Der Bräutigam Alfred Goodwin ist nämlich nur 1,08 Meter groß und die Braut, die er zum Altar führt, Eliza Walbridge, nicht nur 96 Centimeter. Das winzige Paar nahm sich sehr stattlich aus: der Bräutigam im Rock und Binder, die Braut in einem weißen Seidenkleid, bessere Schleife ein Tage trug, der größer war als sie. Der junge Chemiker der 35 Jahre alt ist, erzählte, daß er schon ein ganzes Jahrzehnt nach einer Frau sucht, aber er habe nie "etwas Passendes" gefunden. Da traf er eines Tages in der Eisenbahn eine Schöne, die im Format vollständig seinem Ideal entsprach. Er näherte sich ihr und machte ihr bald einen Antrag. Da auch sie nicht hoffen konnte, einen passenderen Mann zu finden, so erhoffte sie ihn, und so hatte der Bräutigam seine Braut gefunden.

Eine merkwürdige Geburtstagfeier. Als am Sonntag abend die Inhaberin eines bekannten photographischen Ateliers unter den Linden in Berlin aus dem Theater zurückkehrte, bemerkte sie von der Straße her, daß ihr Atelier strahlend hell erleuchtet war. Sie ließ sich darauf von einigen beherzten Männern die Treppe hinauf begleiten. Als man das Atelier öffnete, war nicht nur der Aufnahmeraum hell erleuchtet, es brannten auch die großen Bogengärtchen und sämtliche Scheinwerfer und Filmmittelkästen. Die Besitzerin erkannte sofort, daß die Lampen fachwidrig eingeschaltet waren und jedenfalls eine Aufnahme gemacht worden war. Beim Durchsuchen des Ateliers fand man in einer Ankleidekabine in einem großen alten Biedermeierstiel ein makellos kostümisiertes Mädchen in diesem Schloß. Man rüttelte die beiden aus dem Schloß. Nun erklärte der junge Bursche, in dessen Armen das blutjunge Mädchen eingeschlafen war, daß er am Tage zuvor mit anderen Arbeitern das große Glasbad ausgebessert habe. Hierbei habe er festgestellt, daß man durch eine Luke leicht in das Atelier eindringen könne. Da nun heute sein Geburtstag sei, wollte er den Tag dadurch feiern, daß er sich und seine Braut photographierte. So bestieg er gegen Abend mit ihr das Glasbad, betrat das verlassene Atelier und machte dann von sich und seiner Braut ein paar Aufnahmen. Die Blätter entwidete er gleich in der Dunkelkammer. Das Paar entdeckte dann ein Grammophon, tanzte bis gegen Mitternacht und feierte mit mitgebrachtem Wein und Kuchen solange Geburtstag, bis es schließlich ermüdet im Lehnsessel einschlief. Die Angaben des jungen Mannes waren vollkommen richtig, die von ihm aufgenommenen Photographien waren gut gelungen.

Die Badeanstalt auf dem Dach. Bei dem Bau des von der Universität Columbia in Auftrag gegebenen 14-stöckigen Gebäudes, in dem der größte Teil der gesamten Studentenschaft wohnen soll, wurde den hygienischen Gesichtspunkten besondere Sorgfalt zugeschieden. Als Clou ist wohl die große Schwimmhalle zu bezeichnen, die unter einer Glashäube auf dem Dach des Hauses errichtet wird. Die Kosten des gesamten Baues belaufen sich auf 5 Millionen Dollars.

Die Millionengröße als Sportstieg in Polen. Auf den ungewöhnlichen Gedanken, als Hauptgewinn einer Wohltätigkeitslotterie eine Familiengruppe auszuspielen, kam der Veranstalter einer Wohltätigkeitslotterie, die zugunsten der Waisenhäuser von La Paz stattfand. Die bisher immer lebhaft benützte Lotterie hat auch durch diesen extravaganten Gedanken keine Einbuße erlitten.

Wintersportgebiet

Erlabrunn-Johannegegenstadt-Steinbach-Auerberg

750-1028 Meter Seehöhe.

Wetterbericht vom 26. Januar 1925 8 Uhr vorm.

Auerberg Johann. Steinbach Erlabrunn
Temperatur: -5°C -3°C -3°C 3°C
Windrichtung: Nordost
Wetterlage: bewölkt
Schneehöhe: 25-30 cm
Schneefalls-
festigkeit: gut
Bahn f. Skodel: gut
- Skis: gut
- Schlitten: gut
Sonstiges: Wunderbare Winterlandschaft.

Walter räusperte sich verächtlich. Über Rudolfs gebliebener Blick hinderte ihn, sich noch auffälliger zu benennen.

Bielleicht hat der starke Rauch die Feuerwehr bisher selbst behindert, sich einen klaren Überblick über Head und Ausdehnung des Brandes zu schaffen. "Wie kann ich möglichst rasch aus, aus meinem Dienstbereich heraus die Feuerwehr verweisen sollte. Wenn ich rechtzeitig informiert worden bin, besteht ja der Verdacht, daß noch ein zweiter Brandherd vorhanden ist."

Allerdings — man befürchtet derartiges. Da kommt übrigens der Herr Wachtmester — vielleicht werden wir nun endlich Gewissheit erhalten."

Der Gendarmerie-Wachtmester, ein älterer, intelligent aussehender Mann, grüßte die Herren ernst und wandte sich sagelich an den Grafen.

"Das Feuer ist als gefährlich angesehen," sagte er. "Und der Rauch ist hinsichtlich abgezogen, um ein Betreten der Brandstätte zu ermöglichen. Bielleicht darf ich die Herren ersuchen, mich dahin zu begleiten?"

Tarnow sah ihn bestremt an.

Allerdings — ich habe natürlich das Verlangen, mich von der Größe des angerichteten Schadens zu überzeugen.

— Ihre Aufforderung hat doch wohl keine besonderen Gründe?"

Der Wachtmester zuckte die Achseln.

"Ich möchte Sie bitten, Herr Graf, mir die Antwort darauf vorzulegen zu lassen," sagte er. "Ich habe allerdings bestimmte Vermutungen; aber ich bin meiner Sache noch nicht ganz gewiß. — Gestatten Sie mir einige Fragen zuvor; es hilft sich mit Ausnahme der Dienerschaft doch wohl niemand zur Rettung im Schlosse auf?"

"Mit Ausnahme der Dienerschaft, meiner Tochter und meiner Wenigkeit," erwiderte der Graf mit ironischem Lächeln. "Aber wie habe ich mir diese Fragen zu erläutern?"

"Ich werde sagelich darüber Auskunft geben. — Jemand anderes — ein Gast vielleicht?"

"Allerdings — sagten Sie mir nicht, Walter, daß Herr Slawik die Nacht bei uns verbracht habe?"

"Tawohl — Herr Slawik ließ sich von mir ein Zimmer anweisen, da er, wie er sagte, zu so später Stunde nicht mehr in das Dorf hinuntergehen wollte."

"So möchte ich Sie bitten, sowohl diesen Herrn wie die Dienerschaft zu veranlassen, daß sorgfältig nicht nach-

Die Erben von Hohenlinden.

Roman von Fr. M. B. White.

19. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Die wenigen, die ihn überhaupt kennen, halten ihn für einen entfernten Verwandten unserer Familie. Tausende, ungezählte Tausende hat er von mir erpreßt — und wenn ich ihm einmal eine Zahlung weigern wollte, wenn ich ihm sagte, daß er doch nur hinzugeben braucht und sich als Dr. Redekin beauftragt geben, erklärte er stets, daß ihm gewisse Papiere fehlten — die, von denen er eben sprach — der Heiratschein seiner Mutter, glaube ich. Glauben Sie nicht, daß wir ihm blindlings vertrauen! — Aber seine Kenntnis von den allerfeinsten Dingen, seine Familiendankbarkeit und die Sicherheit seines Auftretens mußten uns täuschen. Und erst, als ich Sie sah, wußte ich, daß wir uns trost allem geirrt hatten — Sie werden mich von diesem Menschen freimachen — nicht wahr?"

"Noch nicht," erwiderte Rudolf. "Ein wenig länger muß die Komödie gespielt werden. Allerdings erzählte mir Walter schon von diesem Menschen; aber erst, als ich ihn eben eintrete sah, kam mir der Gedanke, wie grobhartig ich diesen eigebliebenen Betrüger werde brauchen können. Wenn es nötig ist, werde ich ihn mir nützlich machen; sollte es nicht nötig sein, wird mich Herr Alfred Redekin, oder wie er nun heißen mag, nicht lange aufhalten.

— Nun aber noch eins! Ich habe Ihnen mein volles Vertrauen geschenkt. Vorhin sagte ich, daß ich nicht wußte, was mir — was den Grafen Egbert Redekin von Hohenlinden vertrieb. Ganz richtig aber ist das doch nicht — denn aus Einzelheiten, die ich zum Teile zu Gedanken meines Vaters, zum Teile nach seinem Tode aus hinterlassenen Papieren erfuhr, habe ich doch bestimmt Vermutungen geschöpft — trotzdem er selbst es mir niemals gesagt hat. Sie aber müssen mir alles sagen. Alles — damit meine ich das, was mit der Heirat meines Vaters mit dem armen Marie Burckhardt zusammenhangt. Denn diese Heirat war doch wohl die Ursache allen Unglücks?"

"Nicht diese Heirat," sagte die Gräfin tonlos, "sondern unser unfruchtbare Familienstock. Was werden Sie denken, wenn Sie erfahren, welche Rolle ich in der traurigen Sache gespielt habe?" — Aber ich kann nicht darüber reden — heute nicht. Es sind schon zwielichtige Ausregungen für mich gewesen. Kommen Sie an einem der nächsten Tage und wollen Sie mit mir — jederzeit werden Sie mir will-

kommen sein. Und dann — dann werde ich Ihnen alles sagen, was Sie zu wissen wünschen."

Rudolf erhob sich.

"So gestatten Sie, daß ich mich für heute verabschiede! Von Ihrer gültigen Erlaubnis, wiederzukommen, werde ich mit Freuden Gebrauch machen."

Auch die Gräfin hatte sich erhoben. Und wieder standen Tränen in ihren Augen, als sie sagte:

"Lieber Rudolf — ist es möglich, daß Ihr Kommen eine glücklichere Zeit anständigt? — Ach, ich verlange ja kein Glück mehr für mich — nur Ruhe und Frieden möchte ich haben, mein Leben zu beschließen."

"Es wäre nicht meine Schuld, würden Sie es nicht haben," erwiderte er. "Ich habe für recht erkannt, was ich mir vorgenommen habe — und ich werde es durchführen. Bielleicht werden noch schwere Stunden kommen — der Sohn aber wird ein volles und geläutertes Glück sein."

Er streckte ihr die Rechte entgegen, sich zu verabschieden. Sie aber zog ihn an ihre Brust.

"Küsse mich, mein lieber Junge," sagte sie. "Mögen wir vor den andern die Komödie weiterspielen — wenn wir allein sind, kann ich es nicht. Du hast die Augen meines Kindes — und du bist mir lieb, als wärst du mein Sohn!"

Rudolf trat vor dem Schlossthor noch immer eine höhere Menschenmenge. Abseits von den übrigen sah er den Grafen Tarnow im Gespräch mit Walter stehen; und er gesellte sich zu ihnen.

Der Graf begrüßte ihn lebhaft und schüttelte ihm beide Hände.

"Ich habe erst jetzt gehört, wie großen Dank ich Ihnen schulde," sagte er. "Lassen Sie mich Ihnen versichern, daß Sie mich jetzt bereit finden werden, Ihnen meine Erkenntlichkeit an zuweisen — soweit es in meinen schwachen Kräften steht."

"Über bitte — was ich getan habe, verdient so großes Aufsehen wahrsaglich nicht. — Wie steht es da drinnen?"

Der Graf zuckte die Achseln.

"Weiß ich es? — Die Polizei läßt niemanden hinein — und es ist bisher seltsamerweise keine klare Kunst zu erlangen gewesen. Man kommt sich selbst wie ein Fremder vor — ich beginne beinahe zu zweifeln, daß es mein eigenes Haus ist, vor dem ich stehe."

SLUB

Wir führen Wissen.

Ausst und Wissenschaft.

Wichtige Feststellungen bei Beobachtung der Sonnenfinsternis. Blättermeldungen aus Amerika aufgezählt sind bei Beobachtung der Sonnenfinsternis in Amerika wichtige Feststellungen gemacht worden, die ein neues Licht für die bisherige Theorie bedeuten. Zum ersten Male ist ferner der Mondschatten verhältnisweise aufgenommen worden. Die Sachverständigen der Hallenversität berichten, daß die gesamte Verdunkelung der Sonne fünf Sekunden später eingetroffen ist, als man erwartet habe.

v. Ammon'sche Stiftung. Die für das Jahr 1924 gestellte Aufgabe zur Bewerbung um den theologischen Preis aus der dem Andenken des Oberhofpredigers Dr. v. Ammon gewidmeten Stiftung hat keine Bearbeitung gefunden. — Für das laufende Jahr 1925 wird folgende Aufgabe gestellt: „Was hat uns Widerum für die sozialen Aufgaben der Kirche zu sagen?“ An der Bewerbung um den auf 200 Mark festgesetzten Preis für die Bearbeitung können außer den Kandidaten der Theologie und des Predigtatiums in Sachsen auch Studierende der Theologie an der Universität Leipzig sowie im Auslande Theologie studierende ländliche Staatsangehörige teilnehmen. Die Bewerber haben ihre mit Kenntnis versehenen Arbeiten bis zum 30. November nebst einem verschlossenen Briefumschlag, der als Umschrift das gleiche Kennwort wie die Arbeit trägt und im Innern den Namen und Aufenthaltsort des Verfassers enthält, in leterlicher Handchrift an das Ev.-luth. Landesconsistorium einzureichen.

Wiener Theaterelend. Die Wiener Theater machen jetzt eine schwere Krise durch. Die allgemeine wirtschaftliche Not kommt auch im Theaterbelust zum Ausdruck, und trotz der wenigen und bis zu 40 Prozent herabgesetzten Eintrittspreise ist kaum eine merkliche Besserung im Verhältnis eingetreten. Fünf Wiener Theater sind im Laufe der letzten Monate zusammengebrochen. Nach der Volksoper brach das Carl-Theater zusammen und in der jüngsten Zeit folgten einander die Robert-Stolz-Bühne, das Moderne Theater und jetzt die Renaissance-Bühne in kurzen Intervallen. Außer diesen effektiv zusammengebrochenen Theatern geht es einer Reihe Wiener Bühnen verzweiglich schlecht, sodass die Befürchtung weiterer Theaterkras nicht von der Hand zu weisen ist. Wien bat eben für die jetzige Zeit zu viele Theater, welches Plus durch die vielen Neugründungen der letzten paar Jahre herausbeschossen wurde. Das Kapitel Wiener Theaterelend ist noch nicht zu Ende.

Verwaltungsratstagung im sächsischen Reglerbund.

Die Verwaltungsratsmitglieder des sächsischen Reglerbundes fanden sich förmlich nebeneinander vollständig im Chemnitzer Reglerheim zu ihrer üblichen Tagung ein, die der Bundesvorsitzende Schneider-Dresden leitete. In seiner Bearührungsansprache hob er besonders hervor, daß es in der letzten Zeit im Bunde erfreulicherweise recht prächtig vorwärts gegangen sei. Viele Neugründungen von Verbänden und Klubs seien erfolgt und die Mitgliederzahl dauernd im Steigen begriffen. Die ungewöhnlichen Wettkämpfe aller Art und aller Orten kennzeichnen den Geist des Aufstieges. Dann erfolgte die Einweihung von vier neuen Verwaltungsratsmitgliedern. Einem vorsätzlich ausgearbeiteten Geschäftsbericht, der die Zuhörer über alles in eingehender Weise unterrichtete, brachte Höfler-Dresden zu Gehör und erneute damit reichen Erfolg. Der gegenwärtige Mitgliederstand beträgt 8713 Mark auf. Eine weniger erfreuliche Überraschung brachte die Abrechnung des 17. Sächsischen Bundesregels, das bekanntlich im Juli v. J. in Leipzig stattfand und mit einem Schlußbetrag von über 9000 Mark abgeschlossen. Vorsitzender Schneider-Dresden und Festvorstand der Gothaer-Leipziger gingen des näheren auf die Gründe und Ursachen des entstandenen Schlußbetrages ein und bemühten den geringen Entgegenkommen des Mitteldeutschen Gauens, für den zum Fest besondere Bahnen- und Scherenbahnen errichtet worden wären. Aber auch die eigenen Bundesangehörigen hätten dem Feste nicht das nötige Interesse entgegengebracht. Die eingehende lebhafte Ausprache endete mit dem Ergebnis, daß ein von Vorstand gestellter Antrag angenommen wurde, der dahin geht, daß 6000 Mark auf die Bundesfeste übernommen werden, während den restlichen Teil die Feststadt Leipzig trägt. Außerdem soll dem Deutschen Bund die Witte unterbreitet werden, auf Grund des Mitgliederstandes zu dem entstandenen Schlußbetrag mit beizutragen.

Der nächste Punkt betraf die Abhaltung des 18. Sächsischen Bundesregels. Zur Übernahme haben sich bereit erklärt: Annaberg, Meerane und Auerbach. Die Vertreter

Hohenlinde zu entfernen. Es besteht der dringende Verdacht, daß das Feuer seine Entstehung nicht einem Zufall, sondern einem verbrecherischen Anschlag verdankt.“

In diesem Augenblick trat der Obermann der Feuerwehrleute zu ihnen.

Nicht nur der Verdacht, Herr Wachtmeister — sondern die Gewissheit. Wir haben den Haufen schwelenden Geistes, das den starken Rauch verursacht hat, näher untersucht und haben gefunden, daß es aus allen möglichen Decken, Kleidungsstücken, Teppichen und Tüchern besteht, die von allen Seiten herbeigeschleppt worden sein müssen. — Aber wenn sich die Herren an die Brandstätte begeben wollen, werde ich es Ihnen besser erklären können.“

20. Kapitel.

Sie begaben sich in das durch einen weiten Vorplatz von dem Treppenhaus getrennte Empfangszimmer, in dem das Feuer ausgebrochen war. Einige Feuerwehrleute waren beschäftigt, das noch immer leicht schwelende Feuer vollauf zum Feuerlöschen zu bringen; der Rauch aber war fast ganz abgezogen, und wenn das Atmen hier auch noch keineswegs angenehm war, so konnte man sich doch wenigstens schon in dem Zimmer aufzuhalten, ohne allzusehr unter dem Raum zu leiden.

Das erste, was Rudolf auffiel, war, daß in dem Fußboden merkwürdige Streifen ausgebrannt waren, die sich von einem in der Mitte des Zimmers gelegenen Punkt nach allen Seiten hin erstreckten. Der Wachtmeister deutete fogleich darauf hin.

„Wissen Sie, woher das kommt?“ sagte er. „Es hat jemand Petroleum auf den Fußboden gegossen, das nach allen Seiten hin auseinandergelaufen ist — und die Stellen des Fußbodens, die es benäht hat, sind ausgebrannt.“

Einer der Feuerwehrleute brachte einen kleinen Teppich, der nur zum geringsten Teil vom Feuer zerstört worden war.

„Hier ist der Petroleum-Geruch auch noch deutlich zu merken,“ sagte er. „Wenn Herr Wachtmeister sich überzeugen wollen —“

In der Tat war der Geruch nicht zu verkennen. Aber es sollten sich noch weitere Beweise dafür finden, daß das Feuer angelegt worden war.

Rudolfs scharfe Augen waren es, die zuerst etwas Neues entdeckten. Er blickte sich plötzlich nieder und raffte mit der Hand ein Häufchen Asche auf, um es nach vor-

dieser Städte sprachen nacheinander für ihre Verbände. Bürgermeister Hoch-Annaberg, der in Begleitung des Stadtverordnetenvorsteher Dr. Gerner an der Sitzung teilnahm, ward mit derredeten Worten für seine Stadt und insbesondere für das Erzgebirge. Er versetzte hierbei sogar, daß seine Stadtverwaltung bereit wäre, eine Sicherheitssumme zu zeichnen. In der Aussprache, die einen breiten Raum einnahm, kam unweitselbst zum Ausdruck, daß eine große Anstrengung für das Erzgebirge bei den Abschöpfen vorhanden ist. Die Abstimmung ergab für Annaberg 121 Stimmen, für Meerane 2 Stimmen und für Auerbach 10 Stimmen, während zwei Stimmen ungültig waren. So ist Annaberg als Heftstadt für das 18. Sächsische Bundesregel äußerst. Über die Zeit und alle näheren Ausführungen wird eine im Monat Februar abzuholende weitere Verwaltungsratssitzung in Annaberg beschließen. Dann folgte die Beratung der eingegangenen Anträge, die sachgemäß erledigt wurde, worauf die Sitzung ihr Ende fand.

Turnen, Sport, Spiel, Wandern.

Die MSV-Meisterschaften schlägt VfB-Kamenz 1. Mannschaft 2:1 (2:0). Der Bezirkssieger der 2. Klasse im Bau Nord Sachsen leistete einer Einladung des VfB-Kamenz, Meister der 2. Klasse im Bau Oberlausitz, Folge und vertrat die Vereinsfarben feierlich. Eine feuchte Winterluft wehte durch die Straßen der ehemaligen 178er Garnisonstadt, als die Nord Sachsen im schwulen Schwab-rot dem Sportplatz, der sich in der früheren Kaserne befindet, entstrebte. Es gibt Spiele, über die man gerne schreibt und andere. Zu ersteren gehört das Spiel der obenstehenden Mannschaften. Es war ein Freundschaftsspiel im besten Sinne des Wortes. Trotzdem wurde hartnäckig gekämpft, denn der VfB stellte eine außerordentlich kluge und kräftig gehaupte Mannschaft, von der einzelne Leute über sehr gute Anlagen verfügen. Aussondernde Kräfte die Hintermannschaft und Läuferreihe schufen Leistung und in kann man sie sehr wohl begreifen, daß sich diese Elf die Meisterschaft in ihrem Glau geholt hat. Die Nord Sachsen hatten ebenfalls ihre beste Mannschaft zur Stelle und landen sich schnell zusammen. Nun waren fünf Minuten vergangen, da sah es schon für die VfB das Verhängnis. Wohlbekanntes Glückspiel der linken Seite, Vorlage an Halblinks und der schwarze Schuh wird zum ersten Tore verwandelt. Weiter zeigen die MSV ein überaus eisiges und vor allem ein systematisches Spiel als der Platzbesitzer. Die Läuferreihe arbeitet prächtig und bedient die Silberner mit guten Vorlagen, sodass der zweite Erfolg nicht ausbleibt. Halbrechts erlaßt kurz vor Halbzeit das Leder und liegt es unholbar in das Tor. — Nach der Pause werden die Gäste wieder warm und eine leichte Überlegenheit ihrerseits ist nicht erkennbar. Die Hintermannschaft der Nord Sachsen wehet aber prächtig ab. Trotzdem gelingt den MSV ein gut eingespielter Angriff, der zum Ehrentor führt. Beide Mannschaften verstärken das Tempo — Ausgleich einerseits, Torerhöhung andererseits. Die letzten zehn Minuten läuft Nord Sachsen Bezirkssieger zur vollen Form auf, was in dem reisen Stürmerspiel, das abwechselnd die Innen, wie die Flügelstürmer beschäftigte, zum Ausdruck kommt. Des Gegners Hintermannschaft ließ aber keinen Erfolg mehr zu. Der Schiedsrichter botte ein leichtes Amt, da beide Mannschaften zum Eingreifen wenig Anlaß gaben. Die Nord Sachsen hinterließen den besten Eindruck. Ein ehemaliger MSV bereitete der Mannschaft noch einige vergnügte und genussreiche Stunden, an die alle Teilnehmer noch gern gedachten werden.

Damenhandball. MSV 2.—Sportfreunde—Freiberg 1. 0:0. Die 2. Mannschaft des Niedler Sportvereins stand am vergangenen Sonntag der 1. Mannschaft der Sportfreunde—Freiberg im Rückspiel in Freiberg gegenüber. Die MSV-Mannschaft war, trotzdem sie nur mit 9 Spielerinnen antreten mußte, dauernd stark überlegen, sodass die Freiburger nicht ein einziges Mal über die Mittellinie hinausgekommen, sodass Verteidigung und Torhüterin vom MSV, nur passive Rollen zu spielen hatten. Lediglich der vorzüglichen Torhüterin dankten die Freiburger das Unentschieden. Der MSV-Sturm war trotz des schwächeren Schnees sehr flink, konnte aber gegen die gute Torhüterin keinen zählabaren Erfolg erzielen. Auch ein 18-Meter-Wall konnte von der Freiburger Torhüterin gemeistert werden.

Münchitz 1.—Gröditz 1. 5:0 (4:0). Die 1. Elf des SB. Münchitz schlug in ihrem leichten Verbandspiel den Namensvetter aus Gröditz überragend hoch mit 5:0. Die Elf der Heimischen lieferte ein sehr gutes Spiel. Der Sturm verstand es durch Ausübung guter Torgelegenheiten, das Resultat heranzuholen. Obwohl Gröditz nicht

fälliger Prüfung dem Gendarmerie-Wachtmeister hielten zuhalten.

„Wenn ich nicht irre, sind diese gelben Stückchen unter der Asche Reste von Stroh,“ sagte er. Auch die anderen untersuchten nun den verdächtigen Fund — und man fand nach genauem Nachforschen noch weitere Strohhalme, die durch einen Zufall dem Feuer entgangen sein mußten.

„Unbegreiflich!“ murmelte der Graf kopfschüttelnd. „Wie der Brandstifter Stroh und Zeug herbeischleppten konnte, ohne bemerkt zu werden —“

„Verzeihung,“ sagte Walter, „aber woher er das Stroh genommen hat, ist schon erklärt. Draußen im Treppenhaus unter der Siege stehen zwei Kisten, die neue Figuren für das Treppenhaus enthalten. Wir können uns leicht überzeugen, ob der Verbrecher sich aus ihnen Stroh geholt hat.“

Es stellte sich heraus, daß Walter recht gehabt hatte mit seiner Vermutung. Und nun fand einer der Feuerwehrleute auch die geleerte Petroleumflasche, die in einem Winkel versteckt lag.

In diesem Augenblick kam auch Margarete, die wohl die Nachricht empfangen hatte, daß das Schloß wieder zu betreten sei. Man teilte ihr mit, was man entdeckt hatte; und Rudolf, der sie beobachtete, nahm wahr, wie aufmüpfig sie die Farbe wechselte. Von allen Einzelheiten ließ sie sich unterrichten und zog sich dann, ancheinend in großer Erregung, in eine Fensterseite zurück.

Allerlei seltsame Gedanken stiegen in Rudolf auf. Eine Weile betrachtete er gedankenverloren ihr schönes, jetzt sehr bleiches Gesicht; dann trat er zu ihr.

„Das Feuer ist angelegt worden, Komtesse,“ sagte er ruhig. „Haben Sie keinen Verdacht, wer der Täter gewesen sein könnte?“

Sie wandte ihm hastig das Antlitz zu und sah ihm unruhig in die Augen.

„Ich? — Wie sollte ich einen Verdacht haben?“

„Ach — es liegen sich doch allerlei Möglichkeiten denken. Und eine von ihnen wäre, daß jemand, der in die letzten Geschehnisse hier auf Hohenlinde eingeweiht war, das Schloß in Brand setzte, um allen Zweck und Sorgen auf diese Weise ein Ende zu machen —“

Da richtete sie sich hoch auf, und indem sie ihn fest anstarrte, sagte sie falt:

„Wollen Sie Ihre Vermutungen und Kombinationen nicht lieber dem Polizei-Beamten mitteilen. Herr Gentner?“ Rudolf blieb gelassen.

„Das ist leichter war, wie es das Resultat fast, verhinderte der in Hochform stehende Torwart der Rücksichtslosen Erfolgs. Beim Stande von 5:0 wies der Schiedsrichter zwei Mann der Gröditzer vom Platz, zwei Mann isolierten in unsportlicher Weise freiwillig. Sehn Minuten vor Schluss brach Gröditz das Spiel ab. Durch diesen Sieg steht Rücksicht an zweiter Stelle, hinter MSV. Allmählich.

Wetterbericht des Dresdner Verkehrsvereins: Überwiegend: minus 1 Grad; Sportgleichheit für Hobel und Schneeklub: aut. Schneehöhe 11 bis 20 cm. Alles beschneit. Johannaeorgedeck: minus 1 Grad; Sportgleichheit für Hobel und Schneeklub: aut. Schneehöhe: 11 bis 20 cm. Zusammenhängende Schneedecke: 800 m.

Marktberichte.

Landwirtschaftliche Warenbörsen zu Großenhain, Sonnabend, den 24. Januar 1925. Wetter: kalt. Stimmung: fest. Weizen, bißiger, neu 12,60 bis 13; Roggen, bißiger, 12,60—13; Hafer 9 bis 9,80; Mais (Mizge und Rapata) 13; Weizenstroh 4—5; Weizen- und Roggenstroh 1,20—1,40; Haferstroh 1—1,20; Weizenmehl (70%) 21; Roggenmehl (70%) 20; Roggenkleie 9,25; Weizenkleie 9,25; Spelzartstoffen 2,30—2,50. Die Preise verstecken sich in Goldmark per 50 Kilogramm.

Treidner Schlachthofmarkt vom 26. Januar. Auftrieb: 1. Rinder: 290 Rößen, 212 Küllen, 285 Kalben und Kühe; 2. 540 Röber: 3. 800 Schafe; 4. 2047 Schweine, zusammen 4174 Tiere, darunter 88 Kinder ausländischer Herkunft. Preise im Reichsmark für 50 Kilogramm Lebend- und (je Durchschnitt) Schlachtwert: 1. Rößen: 1. vollfleischige ausgemästete höchste Schlachtwerte bis zu 8 Jahren 51 bis 53 (95), 2. junge fleischige, nicht ausgemästete, ältere ausgemästete 42 bis 46 (85), 3. mögig genährt junge und gut genährt ältere 34 bis 38 (77), 4. gering genährt jeder Alters 32 bis 36 (76); 5. Oesterrind 55 bis 58 (97), 6. Argentiner 48 bis 55 (87 bis 95). Küllen: 1. vollfleischige ausgewachsene höchste Schlachtwerte 50 bis 53 (90), 2. vollfleischige jüngere 44 bis 48 (82), 3. mögig genährt jüngere und gut genährt ältere 38 bis 42 (77), 4. gering genährt 30 bis 32 (65). Röber: 1. Vollgeblüte Rinder und Kühe: 1. vollfleischige, ausgemästete Kalben höchste Schlachtwerte 51 bis 53 (95), 2. vollfleischige, ausgemästete Kühe höchste Schlachtwerte bis zu 7 Jahren 43 bis 46 (86), 3. ältere ausgemästete Kühe und gut genährt jüngere Kühe und Kalben 35 bis 38 (81), 4. gut genährt Kühe und mögig genährt Kalben 28 bis 32 (75), 5. mögig und gering genährt Kühe und gering genährt Kalben 20 bis 26 (65). Röber: 1. Rappelnder — 2. beste Maß- und Saumkühe 71 bis 73 (11), 3. mittlere Maß- und gute Saumkühe 62 bis 68 (10), 4. geringe Röber 48 bis 57 (87 bis 104). Schafe: 1. Mastkümmern und jüngere Mastkümmel 48 bis 52 (100), 2. ältere Mastkümmel 42 bis 46 (98), 3. mögig genährt Hammel und Schaf (Werkstätte) 25 bis 33 (66 bis 97). Schweine: 1. vollfleischige der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis 1½ Jahr 70 bis 72 (91), 2. Bett-Schweine 74 bis 77 (94), 3. fleischige 64 bis 68 (8), 4. gering entmästete 58 bis 62 (86), 5. Sauen und Kühe 52 bis 62 (76). Weizengemüse 100% Rötel: 1. Muttergerste 230—260, mecklenburgischer 261—271, westpreußischer —, Gerste, Buttergerste 230—250, Sommergerste 230—310. Hafer, württemberger 194—203, pommerischer 184—192, westpreußischer 184—195. Mais, loco Berlin: 100, Waggon frei Hamburg 226—228. Weizenmehl pro 100 kg frei Berlin brutto int. Saat 35,75—38,75, Roggenmehl pro 100 kg frei Berlin brutto int. Saat 35,50—38,50, Weizenkleie, frei Berlin 17,30—17,70. Mais 405, Weizenauf 410—420, Vierkettler 30—35, kleine Speise-Erbsen 21—23, Buttererbsen 20—22, Peulchen 18—19, Asterbohnen 20—22, Bohnen 18,50—19,50, Lupinen, blaue 18—14, gelbe 16,50—17. Zerradelle alte — neue 17,50—19. Paprika 19—19,20. Rübenkuchen 26—25,50. Trockenfutter 9,00—10. Vollwertige Rübenfutter 19—20. Tornzwecke 30/70 10—10,20. Kartoffeln 21,20—21,75.

An der Spitze stehen Krügerol-Katarrh-Bonbons mit dem antiastisch wirkenden Zusatz.

Krügerol-Katarrh-Bonbons

mit dem antiastisch wirkenden Zusatz.

„Mein — ich trage kein Verlangen dorthin,“ sagte er. „Wenn ich aber richtig vermutet habe, so hätte der Brandstifter doch jedenfalls sehr töricht gehandelt. Denn Ihre Lage wird durch das Gefechts nur verschlechtert.“

Seine beharrliche Ruhe raubte ihr ein wenig die Haltung.

„Ich weiß nicht, wie Sie zu Ihrer seltsamen Vermutung kommen —“ sagte sie. „Jedenfalls hätte ich den Verlust des Schlosses nicht als ein Unglück für Sie betrachtet. Nur daß ich nicht auf die Weise zu erfolgen brauchte.“

„Wirklich!“ sagte sie mit leisem Spott. „Vielleicht würden Sie selbst das Ihrige dazu beitragen, mir dieses Glück zu verschaffen?“

„Wenn ich grausam genug sein könnte, so gut zu sein — ja,“ erwiderte er. „Aber wir sind von unsern Themen abkommen. Komtesse — auf die Gefahr hin, von Ihnen wie ein Universitätsabgeleitigt zu werden: Sie wissen darum, wer dieses Feuer angelegt hat.“

„Sie fuhr auf, und es läutete wirklich, als wollte sie sekundenlangen Zaudern, sagte sie sogar: „Vielleicht habe ich meine Vermutungen, wie Sie die Ihnen haben. — Aber es wäre unrecht, wollte ich irgend jemanden darausblühen verdächtigen. Und ich weiß nicht einmal, ob ich sprechen würde, wenn ich bestimmt würde, daß ich recht habe — — Aber was ist das? — Eine neue Entdeckung?“